

SPUREN DER DEMOKRATIE

STADTSPAZIERGÄNGE DURCH

// BRANDENBURG AN DER HAVEL

// COTTBUS

// EBERSWALDE

// KLEISTSTADT FRANKFURT (ODER)

// JÜTERBOG

// LUCKENWALDE

// FONTANESTADT NEURUPPIN

INHALT

// VORWORT SEITE 04

// BRANDENBURG AN DER HAVEL SEITE 06

// COTTBUS SEITE 12

// EBERSWALDE SEITE 18

// KLEISTSTADT FRANKFURT (ODER) SEITE 24

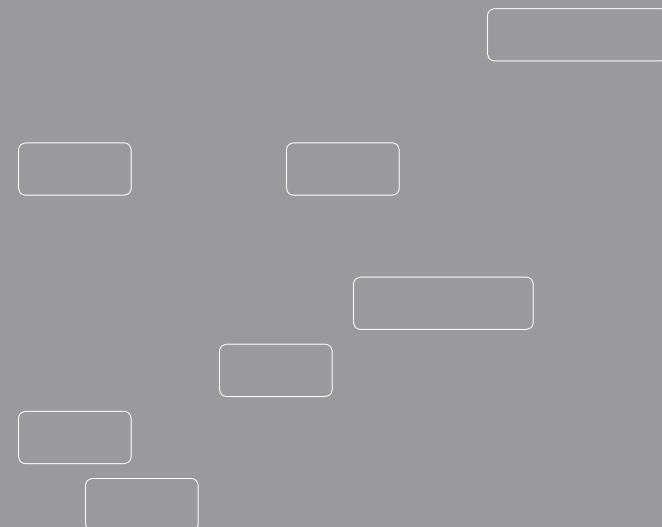
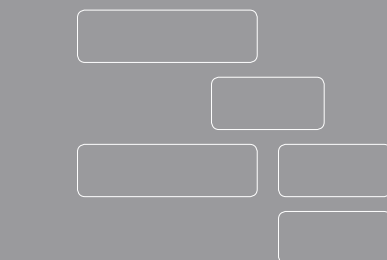
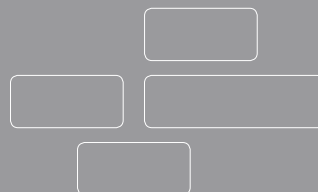
// JÜTERBOG SEITE 30

// LUCKENWALDE SEITE 36

// FONTANESTADT NEURUPPIN SEITE 42

// SERVICE SEITE 48

// IMPRESSUM SEITE 50



SPUREN DER DEMOKRATIE



Am 9. November 2009 jährt sich der Fall der Berliner Mauer zum 20. Mal. Die Öffnung der Grenze der DDR symbolisiert die demokratische Wende des Landes wie kein zweites Ereignis. Begonnen haben die Veränderungen mit dem Protest einiger mutiger Bürgerinnen und Bürger; mit vereinzelt Aktionen wiesen sie lautstark auf Missstände im Land hin. Im Verlauf des Jahres 1989 schlossen sich immer

mehr Menschen der Opposition an, bis Hunderttausende für einen Neuanfang auf die Straßen strömten. Schließlich konnten die Machthaber die Forderungen nicht länger ignorieren und öffneten einen reformunfähigen Staat. Die friedliche Revolution von 1989 ist damit eines der eindrucksvollsten Beispiele in der deutschen Geschichte für den Kampf der Menschen um Freiheit und Demokratie.

Nach zwanzig Jahren wird nun überall im vereinten Deutschland Rückblick gehalten. Auch in Brandenburg erinnern im Jubiläumsjahr zahlreiche Ausstellungen, Festakte und Sonderpublikationen an den Herbst 1989. Die diesjährige Broschüre des „Städtekränzes Berlin-Brandenburg“, eines Zusammenschlusses von sieben der größten Städte im Land, will sich mit den Bürgerinnen und Bürgern auf die Spuren dieser und vorangegangener demokratischer Veränderungen begeben. Sie reiht sich damit ein in die vielfältigen Veranstaltungen der Initiative Kulturland Brandenburg, die 2009 unter dem Motto „Demokratie und Demokratiebewegungen“ stehen. Und auch in dieser

Broschüre bildet die Beschäftigung mit den Ereignissen unmittelbar vor und nach dem Fall der Berliner Mauer den Schwerpunkt vieler Beiträge. Wie in der gesamten ehemaligen DDR haben auch die Menschen in den Städten des heutigen Bundeslandes Brandenburg die Vertreter der Regierung zum offenen Dialog aufgefordert, haben Presse-, Meinungs- und Reisefreiheit verlangt und sich von der Staatsmacht nicht einschüchtern lassen.

Neben der Beschreibung dieses Kampfes um Freiheit geht die Broschüre weiter zurück in die Geschichte der Städte und stellt wichtige Meilensteine der Entwicklung von Demokratie und Selbstbestimmung vor. Doch Demokratiebewegungen auf lokaler Ebene müssen im Zusammenhang nationaler, europäischer, gar weltweiter Entwicklungen gesehen werden. Im vorliegende Bändchen werden solche Querweise aufgezeigt und dadurch ein besseres Verständnis der Ereignisse im Zuge von Märzrevolution 1848/49 und Novemberrevolution 1918/19 in den Partnerstädten des Städtekränzes ermöglicht. Zudem verdeutlichen die Texte, dass der Wunsch nach Mitsprache und Mitbestimmung in Brandenburg Tradition hat. Gerade im einstigen Preußen ordneten sich viele Menschen nicht bedingungslos unter; es gab immer kritisches Denken und Handeln. Und noch ein wichtiger Aspekt wird deutlich: Es sind die Menschen, die Geschichte machen. Der Verlauf gesellschaftlicher Entwicklungen wurde und wird von den Bürgerinnen und Bürgern der Städte und Gemeinden bestimmt. Nur wenn sich diese gegen Widerstände behaupten, sich aktiv einbringen und einmischen, ändern sich die herrschenden Zustände.

Auch in unseren Tagen muss Demokratie aktiv gelebt und immer wieder neu verteidigt werden. Demokratie ist heute im Bewusstsein

weiter Teile der Bevölkerung eine Selbstverständlichkeit. Doch die heutigen Freiheiten haben unerschrockene Frauen und Männer oft mühsam erkämpft. An diesen Kampf erinnert die Broschüre. Die Beiträge des Heftes sollen vor allem junge Menschen ermuntern, auf die Suche nach den Orten historischer Ereignisse in ihrer Stadt zu gehen. Doch auch alle anderen Bürgerinnen und Bürger sowie die Besucherinnen und Besucher der Städte sind eingeladen, den Spuren der Demokratie in Brandenburg zu folgen.

Ich wünsche Ihnen spannende Entdeckungen.

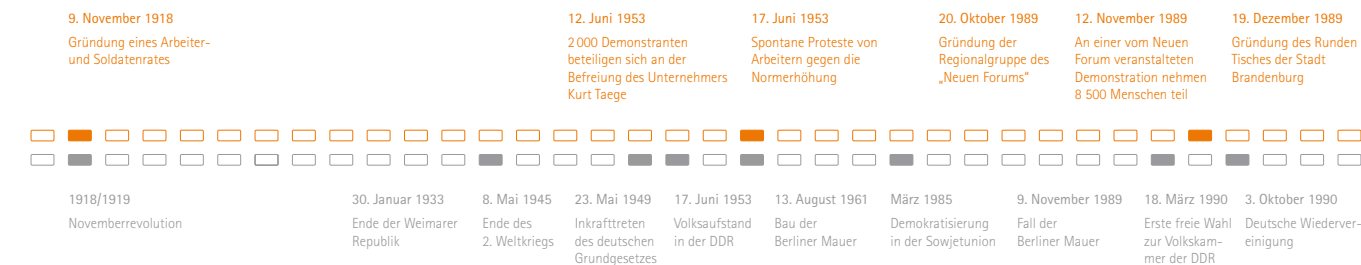
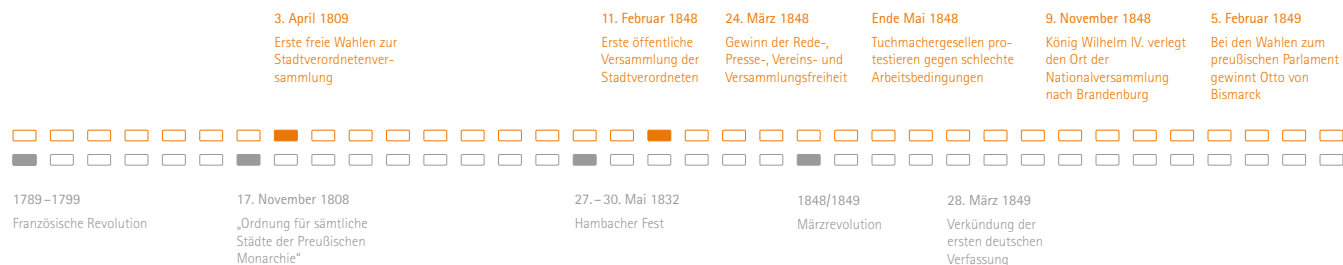
Frank Szymanski

Oberbürgermeister der Stadt Cottbus

BRANDENBURG AN DER HAVEL

Die vorteilhafte Lage Brandenburgs an den Wassern der Havel beeinflusst das Schicksal der Stadt, seitdem hier im sechsten Jahrhundert slawische Stämme siedeln. Nach der Eroberung des Gebietes durch Heinrich I. in den Jahren 928 und 929 wird das Land um die heutige Stadt erstmals als Brandenburg bezeichnet. Im Jahr 1157 übernimmt der Askanierfürst Albrecht der Bär die Macht in der Region und bezeichnet sich fortan selbst als „Markgraf von Brandenburg“. Acht Jahre später beginnt der Bau des Brandenburger Doms. Diesem beeindruckenden Gebäude verdankt die Stadt ihre erste urkundliche Erwähnung. Die Schriftstücke unterscheiden zwischen „der alten Stadt Brandenburg“ auf der westlichen Havelseite (Altstadt) und „der neuen Stadt Brandenburg“ auf der östlichen Havelseite (Neustadt). Anfang des 14. Jahrhunderts treten die Siedlungen der einflussreichen Hanse bei. Der zunehmenden Bedeutung der beiden Gemeinden folgt der Machtzuwachs der Stadtoberkeit. Im 14. Jahrhundert entsteht der „Schöppenstuhl“ als oberste Gerichtsbehörde der Mark Brandenburg. Der Roland vor dem Altstädtischen Rathaus auf dem Altstädtischen Markt symbolisiert seit 1474 die besonderen Rechte und Freiheiten Brandenburgs. Doch nicht nur Wachstum und Entwicklung prägen die Geschichte der Stadt. Von den Machtkämpfen und Kriegen in Europa bleibt auch Brandenburg an der Havel nicht verschont. Während des Dreißigjährigen Krieges verlieren die beiden Gemeinden etwa zwei Drittel der damaligen Einwohnerschaft. Im Jahr 1715 vereinigt Friedrich Wilhelm I. Altstadt und Neustadt zum heutigen Brandenburg an der Havel.





EIN RUHEPOL NEBEN DEM ZENTRUM DER REVOLUTION

Mit der Einführung der revidierten Städteordnung im Jahr 1832 gesteht der preußische König den Städten weitgehende Rechte der Selbstverwaltung zu. So dürfen die Bürger fortan Stadtverordnete wählen, aus deren Mitte Magistrat und Oberbürgermeister hervorgehen. In Brandenburg bekleidet Franz Ziegler ab 1840 das Amt des Stadtoberen. Ziegler zeichnet sich durch Strenge und Reformwillen gleichermaßen aus. Er organisiert das Polizeiwesen der Stadt neu, reformiert die Einkommenssteuer und ermöglicht eine kommunale Arnenpflege. Auf sein Betreiben findet am 11. Februar 1848 zudem die erste öffentliche Versammlung der Stadtverordneten statt. Sein Grab befindet sich auf dem Neustädtischen Friedhof **1**.

Im März 1848 verlangen liberale Bürger in ganz Deutschland mehr Freiheit und Mitbestimmung. Die regierenden Fürsten reagieren auf die Forderungen zumeist mit Waffengewalt. Die heftigsten Auseinandersetzungen finden in Berlin statt, wo sich preußisches Militär und Anhänger der Demokratie in erbitterten Straßenkämpfen gegenüberstehen.

Während die preußische Hauptstadt einem Schlachtfeld gleicht, bleibt das unmittelbare Echo in der Stadt Brandenburg relativ gering. Allerdings überträgt sich



Dom zu Brandenburg

die in Berlin herrschende Erregung auch auf die benachbarte Havelstadt. Neugierige umlagern den Bahnhof und verbreiten jede von den ankommenden Reisenden erhaltene Neuigkeit mehr oder weniger wahrheitsgetreu in der Stadt. Viele Brandenburger zieht es aus Abenteuerlust nach Berlin, um das weltgeschichtliche Ereignis mitzuerleben.

Der Magistrat erlässt am 18. März eine Bekanntmachung, in dem die Obrigkeit die arbeitende Bevölkerung dringend zur Ruhe auffordert. Die Unruhen in Berlin enden am 24. März mit Zugeständnissen der Regierung, etwa der Aufhebung der Pressezensur oder der Befreiung der Bauern aus der Leibeigenschaft ihrer Grundherren. Als die Nachrichten in Brandenburg eintreffen, feiern demokratisch gesinnte Bürger das Ereignis mit einer Festbeleuchtung. Einige Gastwirte laden zu Freiheitsfeiern ein, auf denen die deutschen Farben Schwarz-Rot-Gold gezeigt und der Freiheitsmarsch gespielt werden. Eine Fahne des Brandenburger Handwerkervereins aus dieser Zeit ist heute im Stadtmuseum **2** zu sehen.

Am 9. November 1848 verlegt der preußische König Friedrich Wilhelm IV. den Tagungsort der Preußischen Nationalversammlung aus dem unruhigen Berlin nach Brandenburg. Die Verlegung der Nationalversammlung empfindet die Mehrheit der Mitglieder als unberechtigte Einmischung und tagt am 27. November nicht in Brandenburg sondern wie zuvor in der Hauptstadt. Zu den in Berlin gebliebenen Abgeordneten gehört auch Oberbürgermeister Ziegler. Am 5. Dezember 1848 löst der König das im Dom **3** tagende Rumpfparlament auf.

Das Ziel des Parlaments, die Erarbeitung einer Verfassung für Preußen, ist damit gescheitert.

DIE KONTROLLIERTE REVOLUTION

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges im August 1914 wird auch in Brandenburg zumeist mit patriotischem Enthusiasmus begrüßt. Mit zunehmender Dauer des Konfliktes schwindet jedoch, wie im gesamten Deutschen Reich, die Euphorie. Die Realität des Krieges bedeutet für die Soldaten den millionenfachen Tod an den Fronten und für die Zivilbevölkerung Rationierungen, Hunger und Elend. Der energische Oberbürgermeister Franz Schleusener und die Stadtverwaltung versuchen den Hunger zu mildern, beseitigen können sie die Schwierigkeiten jedoch nicht. Die vom Kriege verschärfte soziale Lage des Volkes beeinflusst auch die Stimmung in der Stadt. Vor allem Rüstungsarbeiter und zurückgekehrte Soldaten verbreiten in Brandenburg die Ideen der kommunistischen Oktoberrevolution in Russland 1917.

Am 9. November gründet sich in Brandenburg ein Arbeiter- und Soldatenrat im Volkshaus. An der Spitze dieses Komitees stehen Erich Baron, ein führender linker Sozialdemokrat der Stadt und Chefredakteur der „Brandenburger Zeitung“, der rechte Gewerkschaftsführer Franz Gemoll sowie der Sergeant Hugo Schulder, ein Anhänger der Ideen der Spartakusgruppe. Am 9. November bricht in Berlin zudem die Novemberrevolution aus. Noch am gleichen Tag



Innenansicht des Doms

begrüßen viele Brandenburger dieses Ereignis mit einer spontanen Demonstration durch die Stadt. Der unblutige Demonstrationszug ist der revolutionäre Höhepunkt in der Stadt. Oberbürgermeister Schleusener und die Stadtverwaltung behalten auch im weiteren Verlauf souverän die Kontrolle über das Geschehen in Brandenburg.

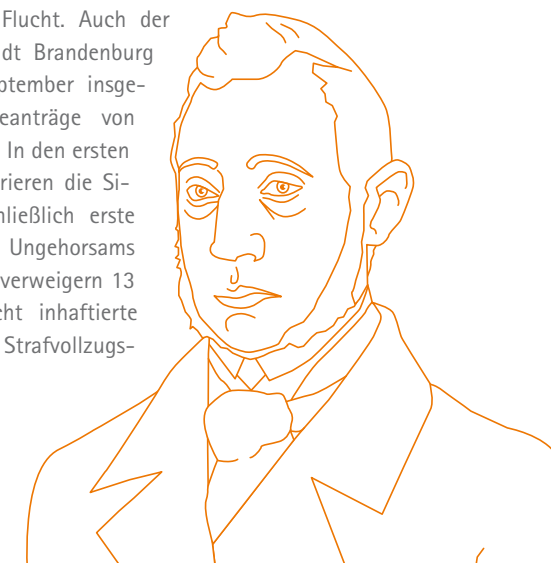
Nach dem Waffenstillstand am 11. November sowie der Proklamation der Republik am 12. November, erfüllt sich für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung der Wunsch nach Frieden und Besserung der sozialen Verhältnisse. Alle weiteren Forderungen nach einem sozialistischen Staat oder einer „Rätemacht“, stoßen auf erbitterten Widerstand der alten Eliten.

AUFBRUCHSSTIMMUNG

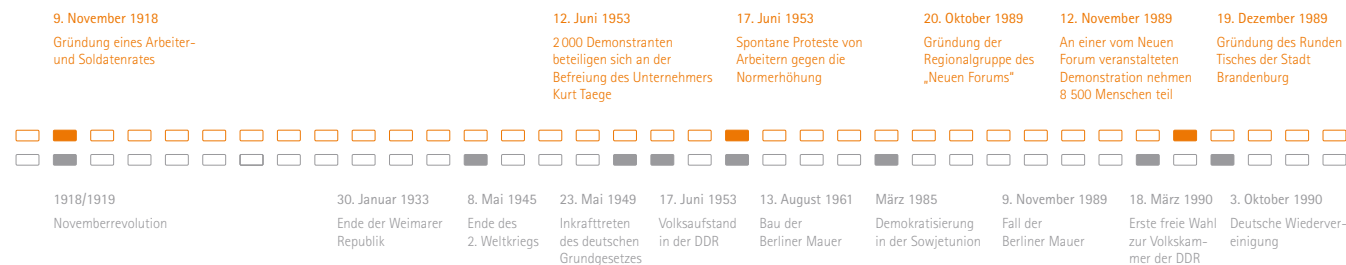
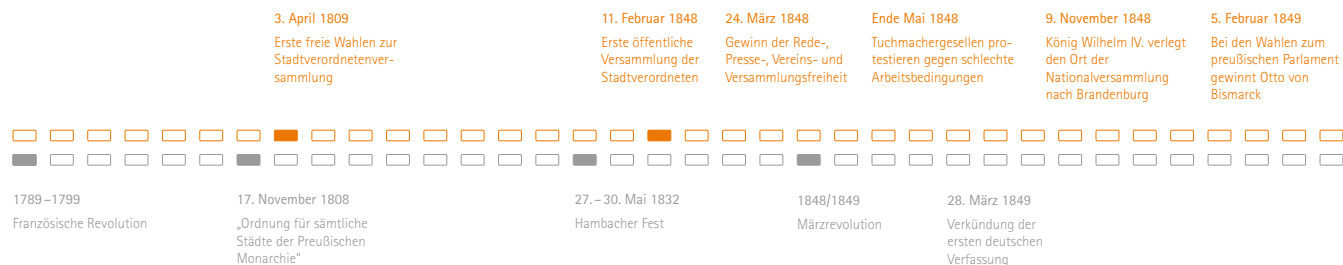
Im Sommer 1989 entgehen Hunderttausende DDR-Bürger der Erstarrung des reformunfähigen Staates mit Ausreise oder Flucht. Auch der Verwaltung der Stadt Brandenburg liegen zum 21. September insgesamt 463 Ausreisearträge von 1 101 Menschen vor. In den ersten Oktobertagen registrieren die Sicherheitsorgane schließlich erste Anzeichen zivilen Ungehorsams in Brandenburg. So verweigern 13 wegen Republikflucht inhaftierte Strafgefangene der Strafvollzugs-



ERICH BARON (1881 – 1933), POLITIKER UND WIDERSTANDSKÄMPFER



FRANZ ZIEGLER (1803 – 1876), LIBERALER OBERBÜRGERMEISTER



einrichtung Brandenburg **4** am 3. Oktober 1989 die Nahrung. Mit diesem Vorgehen wollen sie ihre Ausreise aus der DDR erwirken.

Als die Opposition nachweisen kann, dass SED-Funktionäre die Kommunalwahl vom 7. Mai 1989 gefälscht haben, beschleunigt sich das Aufbegehren. Mit der Gründung des „Neuen Forums“ im September 1989 in Grünheide bei Berlin organisieren sich die Bürgerrechtler erstmals. Angeregt von diesem wichtigen Signal gründet sich am 20. Oktober in den Räumen der evangelischen Kirche in Kirchmöser-West **5** die Regionalgruppe des „Neuen Forums“. Einen Tag später finden im Dom zu Brandenburg Informationsveranstaltungen des „Neuen Forums“ statt. Zum ersten Mal erlebt die Stadt damit öffentliche regimekritische Veranstaltungen. Das Ereignis mit 3000 Teilnehmern findet in den Brandenburger Zeitungen, der „Märkischen Volksstimme“ und den „Brandenburger Neuesten Nachrichten“ keine Erwähnung. Zu diesem Zeitpunkt wird die Presse noch von der Staats- und Parteiführung gelenkt, eine demokratische Kultur der freien Berichterstattung gibt es nicht.

Wie die Menschen in anderen Teilen des Landes erleben auch die Brandenburgerinnen und Brandenburger in diesem Herbst eine Reihe von Veranstaltungen der freien Diskussion und des Protestes. Die Kultur- und Sporthalle des VEB Stahl- und Walzwerk Brandenburg (Stahlhalle) in der Mag-

deburger Landstraße 228 **6** ist am 30. Oktober Schauplatz eines offiziellen Dialoges zwischen staatlicher Leitung und Bevölkerung. 3000 Menschen wollen Zeuge sein, wenn Klartext geredet wird.

Trotz der Grenzöffnung in Berlin kommen am 12. November ungefähr 8500 Bürgerinnen und Bürger zu der vom „Neuen Forum“ veranstalteten Demonstration für eine lebenswerte sozialistische Gesellschaft. Der Zug bewegt sich durch die Steinstraße zum Neustädtischen Markt **7**. Viele Menschen tragen selbst gefertigte Transparente mit Forderungen nach demokratischer Mitbestimmung. Eine Auswahl dieser Plakate ist heute im Stadtmuseum zu sehen.

Auch die Staatssicherheit ist auf der Veranstaltung präsent. Sie fotografiert Personen, die aus ihrer Sicht durch provokante Plakataufschriften oder Handlungen auffallen. Stasi-Mitarbeiter kontrollieren Veranstaltungsteilnehmer mit den Spruchbändern „Deutschland einig Vaterland“, „Wir fordern: Schluss mit der führenden Rolle der SED, Freie demokratische Wahlen“, „Stasi in die Produktion“, „Umweltschutz statt Umweltschmutz“ und „Privilegien für alle“.

In den folgenden Wochen bekommen die Vertreter der Staatssicherheit wiederholt die Unzufriedenheit der Bevölkerung über die Anwesenheit der Geheimpolizei zu spüren. Unter dem Motto „Ich will meine Akte sehen!“ hält die Jugendgruppe des „Neuen Forums“ am 5. Dezember eine Mahnwache vor der Brandenburger Außenstelle des Ministeriums für Staatssicherheit **8**. Am 11. Dezember



Ehemaliges Stasi-Gebäude in der Neundorfer Straße

kommt die Anweisung zur Auflösung des Kreisamtes für Nationale Sicherheit. Die anschließende Übergabe der Waffen der Stasi an die Volkspolizei und die Kreisanzwaltschaft beendet die Tätigkeit des Geheimdienstes in Brandenburg.

Nach dem Berliner Vorbild gründet sich am 19. Dezember der Brandenburger Runde Tisch. Diese Institution versteht sich als moralische Autorität ohne rechtliche Befugnisse. Der Runde Tisch bringt die Vertreter der amtierenden Kommunalverwaltung mit Abgesandten der Kirchen und Vertretern der neuen gesellschaftlichen Interessengruppen zusammen. In dem Ausschuss erarbeiten die Beteiligten Vorschläge zur Etablierung demokratischer Strukturen. Das Forum tagt bis zur ersten freien und geheimen Kommunalwahl am 6. Mai 1990.

WELTGESCHICHTE

- 1789–1799 Französische Revolution.
- 17. November 1808 „Ordnung für sämtliche Städte der Preußischen Monarchie“ legt weitgehende Rechte kommunaler Selbstbestimmung fest.
- 27.–30. Mai 1832 Hambacher Fest.
- 1848/49 Märzrevolution.
- 28. März 1849 Verkündung der ersten deutschen Verfassung in der Frankfurter Paulskirche.
- 1918/19 Novemberrevolution Umwandlung des Deutschen Reiches von einer Monarchie in eine demokratische Republik.
- 30. Januar 1933 Ende der Weimarer Republik mit dem Wahlsieg der NSDAP.
- 8. Mai 1945 Bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht und damit Ende des zweiten Weltkrieges.
- 23. Mai 1949 Inkrafttreten des deutschen Grundgesetzes.
- 17. Juni 1953 Volksaufstand in der DDR.
- 13. August 1961 Bau der Berliner Mauer.
- März 1985 Beginn der Demokratisierung in der Sowjetunion unter Michail Gorbatschow.
- 9. November 1989 Fall der Berliner Mauer.
- 18. März 1990 Erste freie Wahl zur Volkskammer der DDR.
- 3. Oktober 1990 Deutsche Wiedervereinigung.

BRANDENBURG AN DER HAVEL

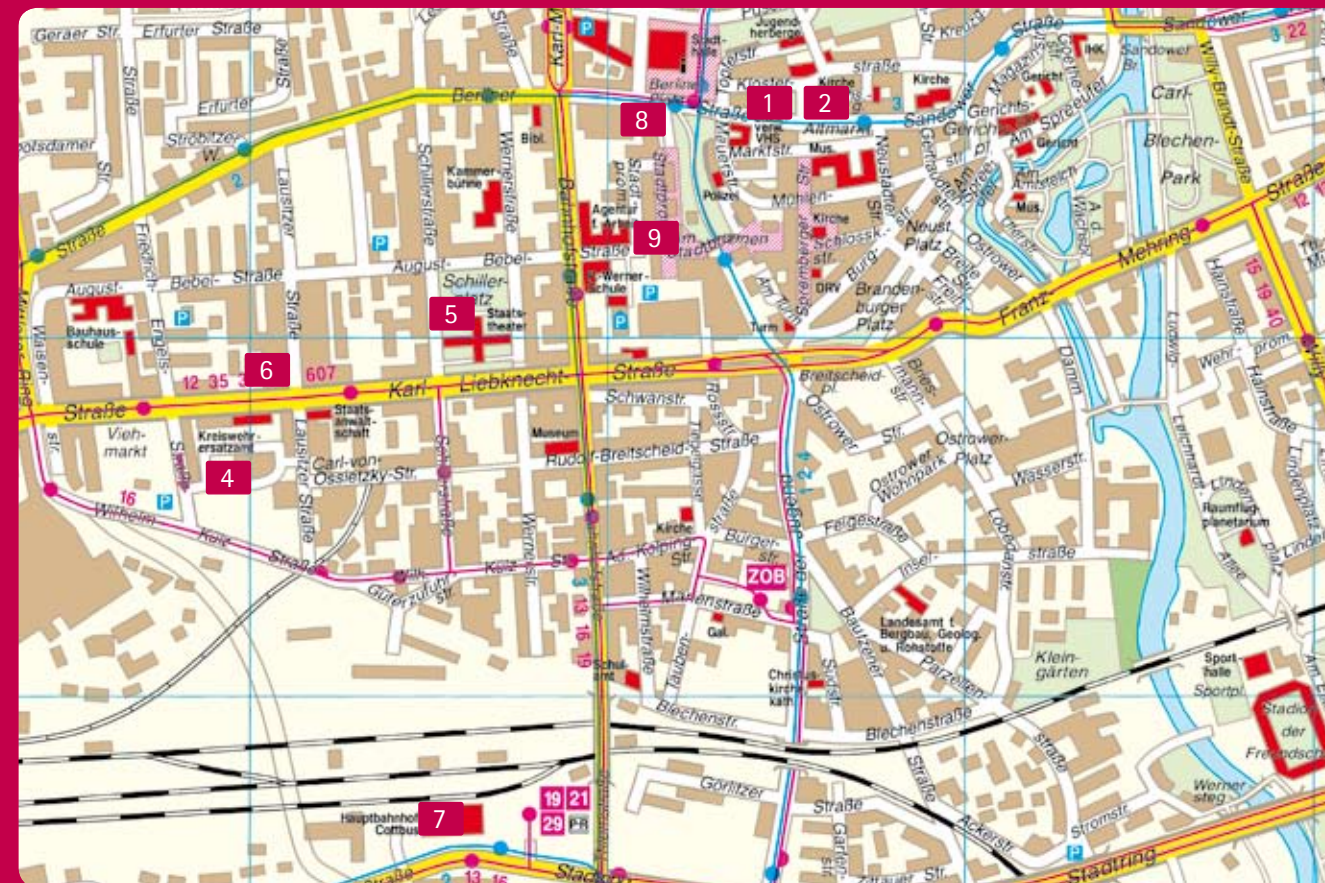
- 3. April 1809 Erste freie Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung.
- 11. Februar 1848 Erste öffentliche Versammlung der Stadtverordneten.
- 24. März 1848 Feier der Errungenschaft der Rede-, Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit.
- Ende Mai 1848 Gesellenprotest gegen die schlechten Arbeitsbedingungen in der Manufaktur des Tuchfabrikanten Dähne.
- 9. November 1848 Verlegung des Tagungsortes der Nationalversammlung von Berlin nach Brandenburg.
- 5. Februar 1849 Späterer Reichskanzler Otto von Bismarck gewinnt bei den preußischen Parlamentswahlen mit knapper Mehrheit gegen den liberalen Oberbürgermeister Franz Ziegler.
- 9. November 1918 Gründung eines Arbeiter- und Soldatenrates mit dem Vorsitzenden Erich Baron.
- 12. Juni 1953 2000 Demonstranten beteiligen sich an der Befreiung des unter einem Vorwand verhafteten Unternehmers Kurt Taege.
- 17. Juni 1953 Spontaner Arbeiterprotest gegen die verordnete Normerhöhung der SED-Führung.
- 20. Oktober 1989 Gründung der Regionalgruppe des „Neuen Forums“ in den Räumlichkeiten der evangelischen Kirche, Kirchmöser-West, Brandenburger Allee 7.
- 12. November 1989 An einer vom „Neuen Forum“ veranstalteten Demonstration für eine lebenswerte sozialistische Gesellschaft nehmen 8500 Menschen teil.
- 19. Dezember 1989 Gründung des Runden Tisches der Stadt Brandenburg.

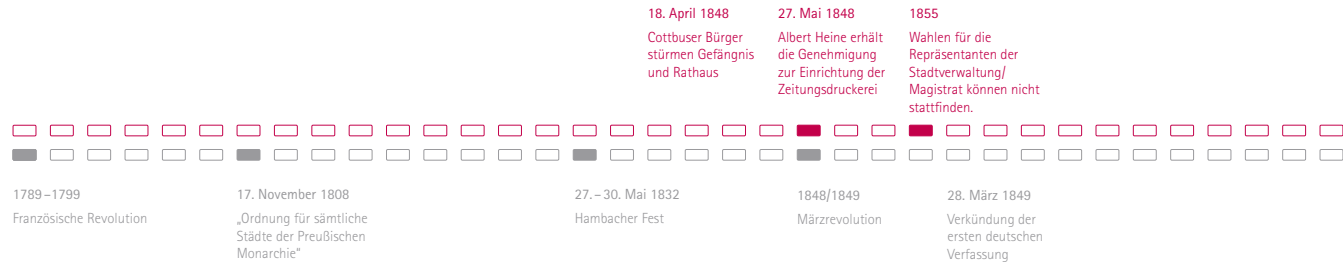


FRANZ SCHLEUSENER (1876 – 1950), OBERBÜRGERMEISTER

COTTBUS

Die Stadt Cottbus, am 30. November 1156 erstmals urkundlich erwähnt, entsteht am Kreuzungspunkt zweier wichtiger Handelsstraßen, die Mitteldeutschland mit Schlesien und Frankfurt (Oder) mit Dresden verbinden. Im Jahr 1405 erhalten die Tuchmacher- und Leineweberzünfte der Siedlung Cottbus die Genehmigung zur Ausübung ihres Gewerbes. Damit beginnt eine lange Tradition der Textilherstellung in der Stadt. Die günstige Lage und die Wollmärkte erweitern seit dem Anfang des 16. Jahrhunderts die Absatzmöglichkeiten. Cottbuser Waren sind bald in Böhmen, Sachsen und Brandenburg bekannt und äußerst begehrt. Mit der Ansiedlung französischer Hugenotten zu Beginn des 18. Jahrhunderts erlebt Cottbus einen ungeahnten wirtschaftlichen Aufschwung. Die Einwanderer aus Frankreich beleben Handwerk und Handel durch die Einführung von neuen Techniken und Gewerken wie Seidenraupenzucht, Tabakanbau und Strumpfwirkerei. Cottbuser Tuche sind jetzt in Skandinavien, im Elsass und sogar in Amerika bekannt.





STÜRMISCHE ZEITEN – DAS JAHR 1848 IN COTTBUS

Der bedeutendste Wirtschaftszweig im Cottbus des Jahres 1848, die Textilherstellung, befindet sich zu jener Zeit im Umbruch. Unaufhaltsam verdrängen dampfbetriebene Maschinen die Handwebstühle der Handwerker. Wer keine schlechtbezahlte Anstellung in einer der großen Fertigungsstätten findet, versinkt in Arbeitslosigkeit und Elend. Im Winter 1847/48 verschlechtert sich nach dem allgemeinen Krisenjahr 1847 die Wirtschaftslage in Cottbus dramatisch. Nach Massenentlassungen und drastischen Lohnsenkungen in den Textilfabriken wächst der Unmut der Menschen.

Die wirtschaftliche Not mischt sich mit einer schon länger schwellenden Unzufriedenheit über die politischen Zustände im Land. In Preußen wie in anderen deutschen Königreichen und Fürstentümern wird die Äußerung freiheitlicher und demokratischer Gedanken unterdrückt. Die Presse unterliegt einer strengen Zensur, es gelten weitgehende Verbote für Vereine und öffentliche Zusammenkünfte.

Am 18. April 1848 versammeln sich dennoch hungernde Arbeiter und demokratisch gesinnte Bürger vor dem Rathaus **1** der Stadt. Gemeinsam protestieren sie gegen die unfähige Stadtverwaltung, hohe Steuern, hohe Lebensmittelpreise und niedrige Löhne. Die herbeigerufene Bürgerwehr, die hauptsächlich aus den Mitgliedern der örtlichen Schützengilde

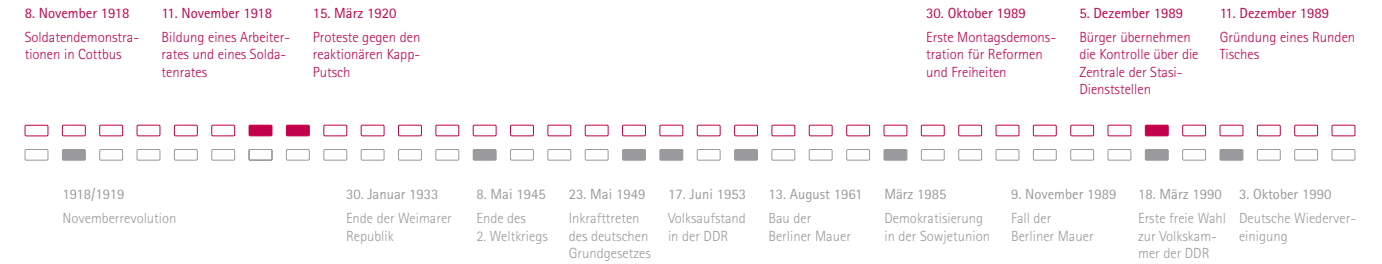
besteht, muss nach einem kurzen Handgemenge vor der wütenden Masse kapitulieren. Angestachelt von aufrührerischen Reden reißen die Aufständischen die Pflastersteine des Marktplatzes **2** heraus und zerstören die Fenster des Rathauses. Den zeitgenössischen Berichten zufolge erstürmt die Menge das Ratsgefängnis und befreit alle Insassen. Auch der Ratskeller fällt der Zerstörungswut zum Opfer. Danach zieht das aufgebrachte Volk unter revolutionären Gesängen durch die Stadt und plündert hauptsächlich jene Geschäfte und Häuser, deren Inhaber Mitglieder der Schützengilde sind. In den Gasthäusern fordern die Aufständischen kostenloses Bier und Schnaps.

Noch in derselben Nacht schickt der Bürgermeister einen Boten ins nahegelegene Lübben. Auf seinen Hilferuf hin rücken am folgenden Tag Soldaten in die Stadt ein und beenden das chaotische Treiben. Die Armee stellt die Ordnung wieder her, dennoch bleibt es auch in der Folgezeit unruhig.

Aufgeschreckt von den Ereignissen beschließen vermögende Cottbusser Bürger die Gründung eines Wohltätigkeitsvereins. In Zusammenarbeit mit den Stadtverordneten und dem Magistrat wollen sie mit Spenden der wachsenden Armut entgegenwirken und so weitere Unruhen verhindern.

ARBEITER UND SOLDATEN KONTROLLIEREN DIE STADT – DIE NOVEMBERREVOLUTION VON 1918

Mehr als vier Jahre dauert der 1. Weltkrieg im November 1918 schon an. Nach den anfänglichen Begeisterungstürmen im Deutschen Reich und schnellen Erfolgen an den Fronten, sind die Menschen mittler-



weile erschöpft. Rationierungen in allen Lebensbereichen verursachen Hunger und Armut, die Unterstützung der Soldaten und der Zivilbevölkerung für die Kriegspolitik von Kaiser Wilhelm II. schwindet von Tag zu Tag.



Aufruf in der Märkischen Volksstimme 1918

In vielen Städten beginnen sich die Unzufriedenen im Herbst 1918 zu organisieren. In erster Linie sind es heimgekehrte Soldaten und Arbeiter in der Rüstungsproduktion, die Missstände offen ansprechen.

Am 8. November wird die revolutionäre Stimmung mit einer Demonstration Cottbusser Soldaten erstmals greifbar. Einen Tag später legen auf dem Flugplatz **3** der Stadt die Piloten und Hilfsmannschaften ihre Arbeit nieder. Sie bemächtigten sich der Flugzeughallen und stellen Waffen sowie Munition sicher. Anschließend marschieren sie bewaffnet zur Kaserne an der Kaiser-Friedrich-Straße (heute Karl-Liebknecht-Straße) **4** und vereinigen sich mit den dort untergebrachten Mannschaften. Diese haben kurz zuvor den Bataillonskommandeur im Stabsgebäude zum Rücktritt gezwungen. Auch das die Kriegsgefangenenlager Merzdorf und Sielow bewachende Landsturm-bataillon schließt sich dem Protestzug an. Gemeinsam ziehen die Soldaten durch die Hauptstraßen der Stadt zum Schillerplatz **5**. Sie verteilen Flugblätter mit der Botschaft „Kameraden, Arbeiter, Bürger! Die Garnison von Cottbus hat einen Soldatenrat gewählt. Cottbus befindet sich in seinen Händen.“ Der Soldatenrat hat sein Hauptquartier im Offizierskasino **6**. Zudem besetzen die revolutio-

nären Militärs Bahnhof **7** und Hauptpost **8** und haben so die volle Gewalt über die Stadt in den Händen.

Am 11. November 1918 organisieren sich im Konzerthaus Kolkwitz **9** auch die Arbeiter in einem eigenen Rat, einen Tag später erfolgte die Wahl eines endgültigen Soldatenrates. Beide Komitees bilden zusammen den Arbeiter- und Soldatenrat als die vorübergehende Autorität in der Stadt. Wichtigste Aufgabe des Gremiums ist die Gewährleistung der

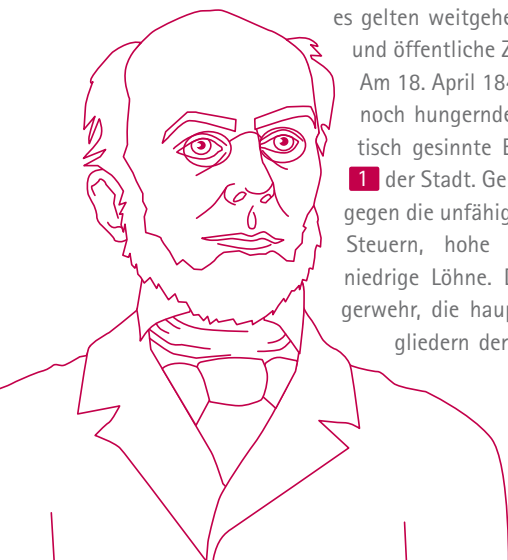


Cottbus um 1950

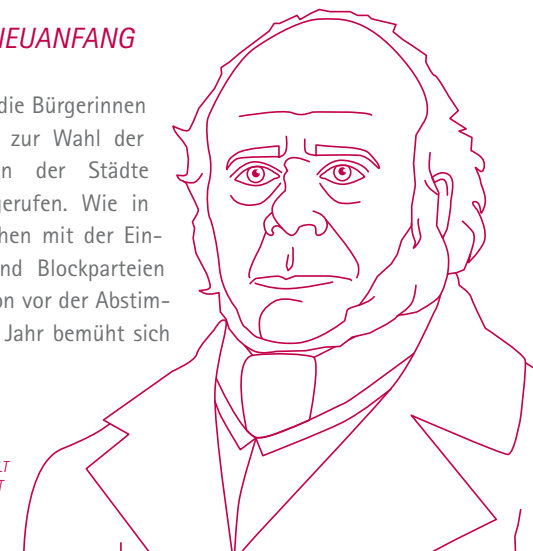
öffentlichen Sicherheit und die Verbesserung der desolaten Lebensmittellage. Das Wirken des Cottbusser Arbeiter- und Soldatenrates endet mit der Stadtverordnetenwahl vom 2. März 1919. Dem spontanen revolutionären Aufbegehren fehlte als „Revolution von unten“ die organisierte Kraft und die Zustimmung der breiten Bevölkerung.

AUFBRUCH UND NEUANFANG

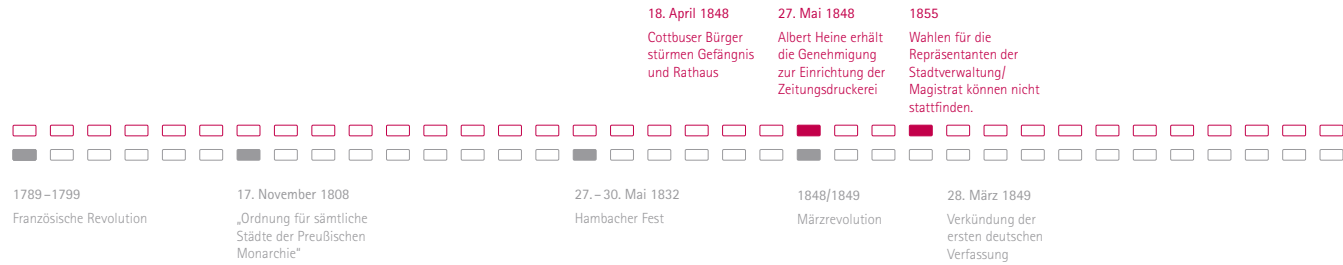
Am 7. Mai 1989 sind die Bürgerinnen und Bürger der DDR zur Wahl der Kommunalvertretungen der Städte und Gemeinden aufgerufen. Wie in den Jahren zuvor stehen mit der Einheitsliste aus SED und Blockparteien die Sieger jedoch schon vor der Abstimmung fest. In diesem Jahr bemüht sich



DR. HEINRICH LUDWIG BOLTZE
1813–1888, REVOLUTIONÄRER DEMOKRAT UND SCHRIFTSTELLER



JOHANN GOTTLÖB ROEMELT
1783–1867, OBERBÜRGERMEISTER UND LANDGERICHTSRAT



die Staatsführung im Vorfeld intensiv darum, die Wahl als demokratischen Prozess der Willensbildung des Volkes darzustellen. So sind die DDR-Bürger unter anderem zur Beobachtung der Stimmenauszählung ausdrücklich aufgefordert. Regimekritiker sehen darin eine Möglichkeit, die vermuteten Wahlfälschungen der vorangegangenen Jahre mit eigenen Augen zu sehen.

In Cottbus beobachten Mitglieder der kirchlichen Umweltgruppe den Wahlverlauf und die Auszählung der Ergebnisse. In mehr als einem Drittel der Wahllokale sind die Aktivisten zugegen. Sie können so hautnah die Kluft zwischen den ausgezählten Ergebnissen und den Meldungen der zentralen Wahlkommission erleben. Die Erfahrungen der Beobachter an diesem Tag bestärken viele kritische Bürgerinnen und Bürger in ihrem Misstrauen gegenüber der Staats- und Parteiführung.

Der Sommer 1989 ist geprägt von der massenhaften Ausreise von DDR-Bürgern in die BRD und dem sich langsam formierenden Protest einer immer größer werdenden Opposition. Im Spätsommer spitzen sich die Ereignisse im Land weiter zu. In zahlreichen Städten sind die Massenkundgebungen nicht mehr zu ignorieren. Endlich reagieren die Mächtigen nicht nur mit dem Einsatz von Polizei und Staatssicherheit. Als überall im Land die Vertreter des Regimes die Menschen zum Dialog einladen, findet auch in Cottbus am 26. Oktober eine erste Aussprache zwischen Bürgern und Vertretern von Politik und Verwaltung statt. Zudem formieren sich

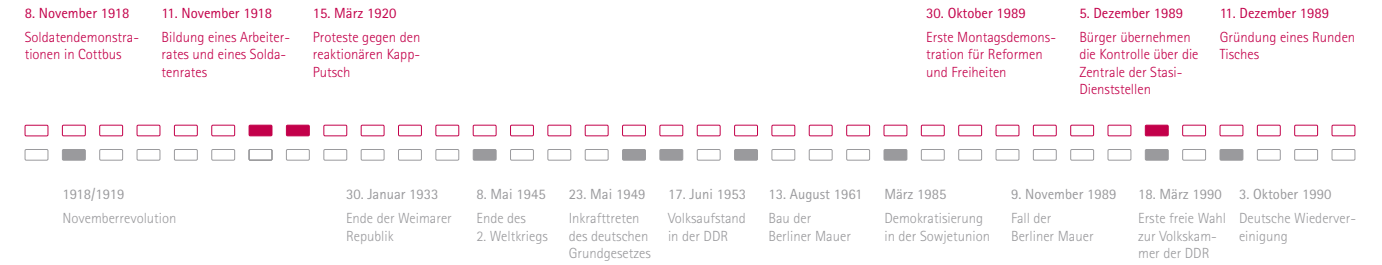


neue politische Kräfte wie das „Neue Forum“ und die Sozialdemokraten in der Stadt.

Am 30. Oktober erlebt Cottbus schließlich die erste Großdemonstration für demokratische Veränderungen. Wie in anderen Städten des Landes tragen auch hier die Demonstranten Transparente mit Forderungen wie „Wir sind das Volk“ und „Jetzt Demokratie“. Die Proteste zeigen bald erste Erfolge. Am 2. November beschließt die Stadtverordnetenversammlung mit 140 zu 25 Stimmen Untersuchungen zur Manipulation der Wahl im vorangegangenen Mai. Wie auch in anderen Städten etabliert sich Mitte Dezember ein Runder Tisch als Gesprächsforum für Vertreter der Regierung und der neuen gesellschaftlichen Kräfte. Am 11. Dezember sprechen sich auf einer ersten Sitzung alle Teilnehmer für baldige Neuwahlen aus.

Zu Beginn des Jahres 1990 setzen sich die Kundgebungen weiter fort. Etwa 10000 Demonstranten ziehen am 15. Januar zum damaligen Bezirksamt für Nationale Sicherheit **10** und fordern „Stasi raus“ oder „Licht an, Türen auf“. Einen Tag später befindet sich die Kreisstelle der Staatssicherheit am Nordrand ab 12 Uhr in der Hand aufgebracht Bürger.

Im März erlebt die Stadt eine Reihe von Großveranstaltungen, auf denen die Vertreter der Parteien um die Stimmen der Wähler werben. In Vorbereitung auf die Wahlen zur Volkskammer am 18. März finden Kundgebungen mit dem deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU), Gregor Gysi (PDS) und dem SPD-Politiker Oskar Lafontaine statt. Erstmals haben die Bürger der DDR die freie Wahl zwischen 24 Parteien, Bündnissen und politischen Vereinigungen, deren Kandidaten als Abgeordnete in die Volkskammer einziehen wollen. Bei



den ersten freien Wahlen geben 63,96 Prozent der wahlberechtigten Cottbuser ihre Stimme ab. Aus der Abstimmung geht landesweit ein Bündnis unter Führung der CDU als Sieger hervor. Auch die Cottbuser wählen die „Allianz für Deutschland“ zur stärksten Kraft und signalisieren so ihren Wunsch nach einer raschen Wiedervereinigung von DDR und BRD.

WELTGESCHICHTE

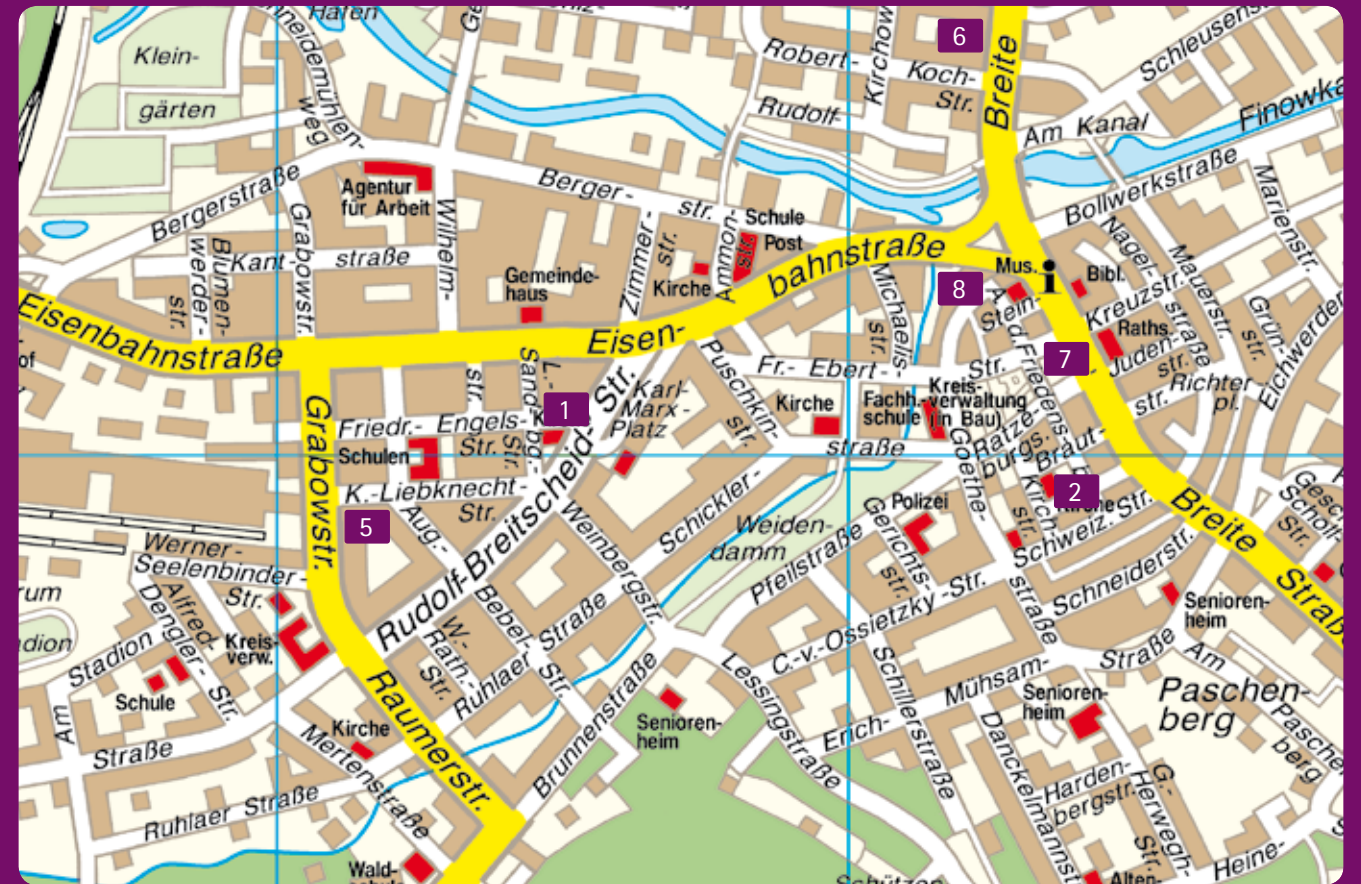
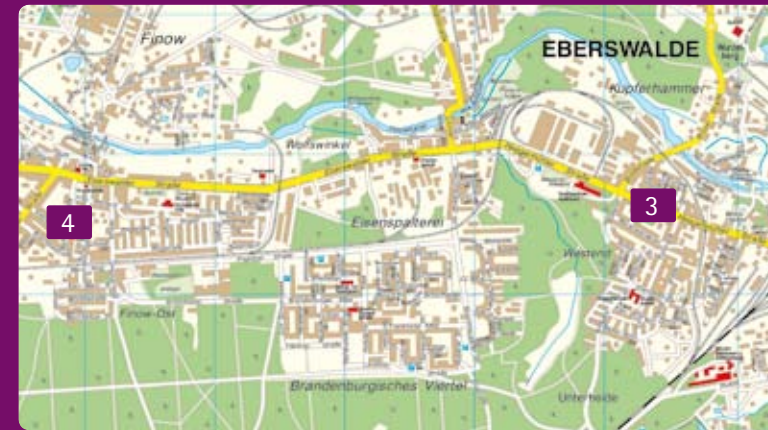
1789–1799	Französische Revolution.
17. November 1808	„Ordnung für sämtliche Städte der Preußischen Monarchie“ legt weitgehende Rechte kommunaler Selbstbestimmung fest.
27.–30. Mai 1832	Hambacher Fest.
1848/49	Märzrevolution.
28. März 1849	Verkündung der ersten deutschen Verfassung in der Frankfurter Paulskirche.
1918/19	Novemberrevolution Umwandlung des Deutschen Reiches von einer Monarchie in eine demokratische Republik.
30. Januar 1933	Ende der Weimarer Republik mit dem Wahlsieg der NSDAP.
8. Mai 1945	Bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht und damit Ende des zweiten Weltkriegs.
23. Mai 1949	Inkrafttreten des deutschen Grundgesetzes.
17. Juni 1953	Volksaufstand in der DDR.
13. August 1961	Bau der Berliner Mauer.
März 1985	Beginn der Demokratisierung in der Sowjetunion unter Michail Gorbatschow.
9. November 1989	Fall der Berliner Mauer.
18. März 1990	Erste freie Wahl zur Volkskammer der DDR.
3. Oktober 1990	Deutsche Wiedervereinigung.

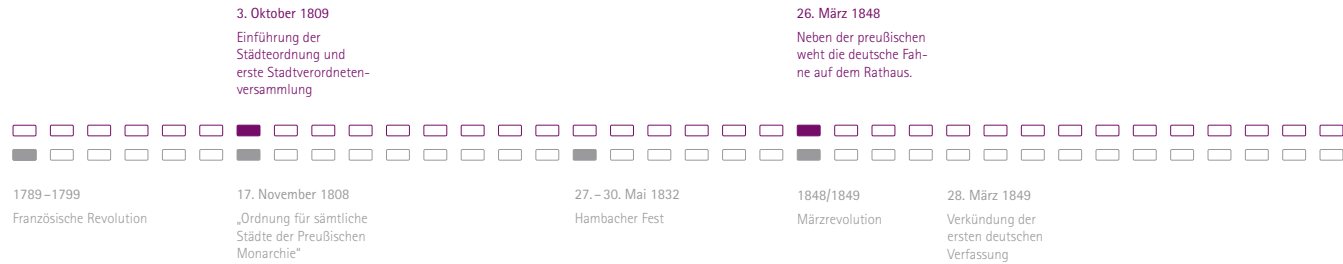
COTTBUS

18. April 1848	Cottbuser Bürger stürmen wegen der Lohnsenkung in der Cockerillschen Spinnerei Gefängnis und Rathaus der Stadt.
27. Mai 1848	Der Drucker Albert Heine erhält die Genehmigung zur Einrichtung der Zeitungsdruckerei für den Cottbuser Anzeiger.
1855	Wahlen für die Repräsentanten- und Vorstandsmitglieder der Stadtverwaltung/Magistrat können wegen mangelnder Beteiligung nicht stattfinden.
8. November 1918	Soldatendemonstrationen in Cottbus.
11. November 1918	Bildung eines Arbeiterrates und eines Soldatenrates.
15. März 1920	Proteste gegen den reaktionären Kapp-Putsch, der die demokratisch-parlamentarische Staatsform der Weimarer Republik für beseitigt erklärt.
30. Oktober 1989	Erste Montagsdemonstration für Reformen und Freiheiten in der DDR.
5. Dezember 1989	Bürger übernehmen die Kontrolle über die Zentrale der Stasi-Dienststellen und verhindern so die Vernichtung von Akten.
11. Dezember 1989	Gründung eines Runden Tisches.

EBERSWALDE

Eberswalde entsteht aus dem Zusammenschluss zweier kleiner Dörfer an einer Furt der Finow – 1254 gilt als offizielles Gründungsdatum. Schon früh entwickelt sich die Stadt zu einem der Zentren der Mark Brandenburg und einem der ersten Industriestandorte in der Region. Neben der industriellen Entwicklung erlangt Eberswaldes im Laufe der Jahrhunderte als Bade- und Luftkurort, sowie als Waldstadt mit der Forstakademie ab 1830 zunehmende Berühmtheit. Aus den Ruinen, die der Zweite Weltkrieg hinterlässt, entsteht bald wieder ein bedeutendes Industrie- und Agrarzentrum, der zudem Verkehrsknotenpunkt und kulturelles Zentrum ist. Im Jahre 1989 erreicht die 1970 zusammengeschlossene Doppelgemeinde Eberswalde-Finow mit etwa 55.000 Menschen die höchste Einwohnerzahl ihrer Geschichte. Heute umfasst die Bandstadt Eberswalde zudem die Dörfer Sommerfelde, Tornow und Spechthausen. Die Fachhochschulstadt ist heute die fünftgrößte Stadt des Landes Brandenburg.





DIE REVOLUTION 1848 IN EBERSWALDE

Nach dem Fall von zwei Gesellen auf den Barrikaden im März 1848 in Berlin werden in Eberswalde Spenden für die Familien der Opfer gesammelt. Durch die Kraft der um Carl Müller, einem Buchdruckunternehmer aus Eberswalde, gescharten Männer weht in den Märztagen 1848 auf dem Rathaus von Eberswalde neben der preußischen die deutsche Fahne. Die gewonnenen Presse-, Versammlungs- und Redefreiheiten werden auch in Eberswalde genutzt: Es entstehen eine „Freie Gesellschaft“ und ein „Demokraten-Club“. Carl Müller nimmt im Herbst 1848 als Delegierter am Arbeiterkongress teil, auf dem die Organisation „Arbeiterverbrüderung“ gegründet wird. Als die Preußische Nationalversammlung im November/Dezember 1848 zum Widerstand und Steuerboykott gegen den preußischen Staat aufruft, schickt der Eberswalder Handwerkerverein bestärkt durch einen Stadtverordnetenbeschluss und eine Volksversammlung von 500 Personen die Worte

nach Berlin: „Wir stehen bei Ihnen, wenn es Noth thut, mit Gut und Blut“. Carl Müller druckt für Berlin weiterhin illegal u.a. den „Kladderadatsch“, was ihm die Verfolgung durch die Staatsanwaltschaft und ein Berufsverbot einbringt.



PAUL MEBES
1872-1938, ARCHITEKT

EBERSWALDE WÄHREND DER NOVEMBERREVOLUTION

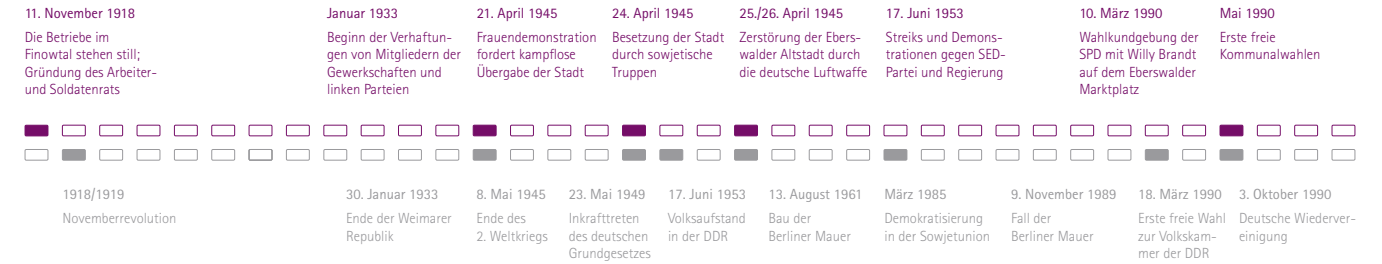


Philipp Zopf

Ende des 19. Jahrhunderts konnte Eberswalde auf einen wirtschaftlichen Aufschwung aufbauen. Die Messing- und Eisenwerke, die Holzindustrie und die forstliche Lehre und Forschung hatten an überregionaler Bedeutung gewonnen. Zudem führte der Architekt Paul Mebes als einer der Ersten einen modernen städtebaulichen Mietwohnungsbau in der Messingwerksiedlung in Eberswalde ein.

Neben Arbeiterwohnhäusern konzipierte Mebes zudem einen begehbaren Wasserturm, der heute Wahrzeichen des Finowtals ist. Für einen engagierten Redakteur und Verfechter eines freiheitlichen Sozialismus wie Kurt Eisner gibt es somit in dieser Zeit viel zu berichten. Sein Unwille, etwas gegen seine Überzeugung zu schreiben, veranlasst ihn, seine Karriere als Journalist in Eberswalde zu beenden. Nach seiner Heirat verlässt er Eberswalde und wird leitender politischer Redakteur des legendären „Vorwärts“. 1918 erreichte er den Höhepunkt seines politischen Wirkens. Als Führer der Revolutionsregierung verkündet er den Freistaat Bayern und wird dessen erster Ministerpräsident. Nach nur 105 Regierungstagen wird der Demokrat von einem nationalsozialistischen, antisemitischen Studenten in München auf offener Straße erschossen.

Doch die Revolution macht auch vor Eberswalde nicht Halt. Am 11. November 1918 stehen alle Betriebe im Finowtal still. Arbei-



ter bewegen sich in einem gewaltigen Demonstrationenzug auf den Markt der Stadt zu, wo die Forderungen des am gleichen Tag gegründeten Arbeiter- und Soldatenrates verkündet werden. Unter dem Druck der versammelten Massen nimmt der Oberbürgermeister die Forderungen an. Nach dem Ausruf der Republik findet am 18. November 1918 in Eberswalde die Wahl der ordentlichen Arbeiter- und Soldatenräte statt. Nach dem Kapp-Putsch im März 1920 in Berlin, bei dem Philipp Zopf den Angriff der Arbeiterwehr des Roten Finowtals auf das Schloss Lichterfelde führt, wird der Generalstreik auch in Eberswalde ausgerufen. 12.000 Arbeiter ziehen mit einer Fahne mit der Aufschrift „Einigkeit macht stark“ von Finow (damals Heegermühle) nach Eberswalde zum Markt und weiter zum Schützenplatz (ehemals Turnplatz), wo von Philipp Zopf die Räterepublik ausgerufen wird. Dieser als Hochverrat angesehene Akt ruft das Militär nach Eberswalde: am 17. März erreicht ein Panzerzug mit Kapp-Soldaten Eberswalde und besetzt den Bahnhof. Bewaffnete Arbeiter stehen dem Militär gegenüber. Im März kommt es im Westen der Stadt zu einem Kampf, doch bereits am 30. März wird die Arbeit in den Betrieben wieder aufgenommen. In der Folge werden Arbeiter entlassen.

DIE FRIEDLICHE REVOLUTION 1989/90 IN EBERSWALDE

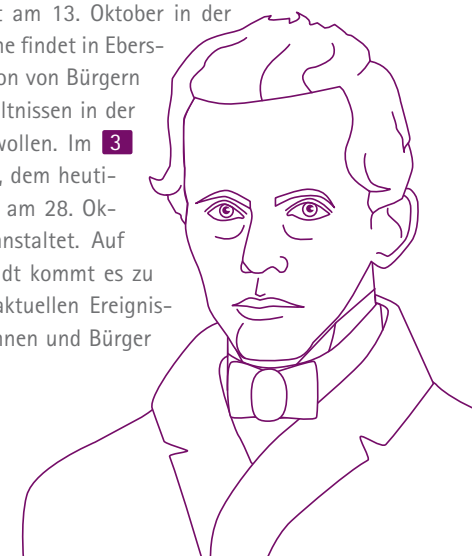
Bereits seit 1980 finden regelmäßig Friedensgebete in der **1** Johanneskirche statt, ausgelöst durch die Jugendarbeit. Unter dem großen Dach der Kirche werden Themen wie Frieden, Umwelt und Erhaltung der Schöpfung sowie Gerechtigkeit diskutiert. Mit Freitags-Andachten demonstrieren ab dem Spätsommer 1989 zunehmend kirchlich orga-

nierte und oppositionelle Bürgerinnen und Bürger aus Eberswalde. Am 6. Oktober 1989 treffen sich Gleichgesinnte nach der Fürbittandacht in der Johanneskirche. Sie diskutieren über die festgefahrenen politischen Verhältnisse in der DDR und über die Bürgerrechtsinitiative „Neues Forum“, die sich am 10. September 1989 in Grünheide bei Berlin gegründet hat. Das „Neue Forum“ ist eine unabhängige Vereinigung, die mit Gewaltlosigkeit und Vernunft Demokratie in allen Lebensbereichen durchsetzen will. Der Versuch der Gründung eines „Neuen Forums“ in Eberswalde wird vom Ersten Stellvertreter für Inneres beim Rat des Kreises abgelehnt und ein bei einem erneuten Versuch rechtliche und polizeiliche Maßnahmen angedroht. Am 5. Oktober kommt es dennoch zur Gründung des „Neuen Forums“ in Eberswalde.

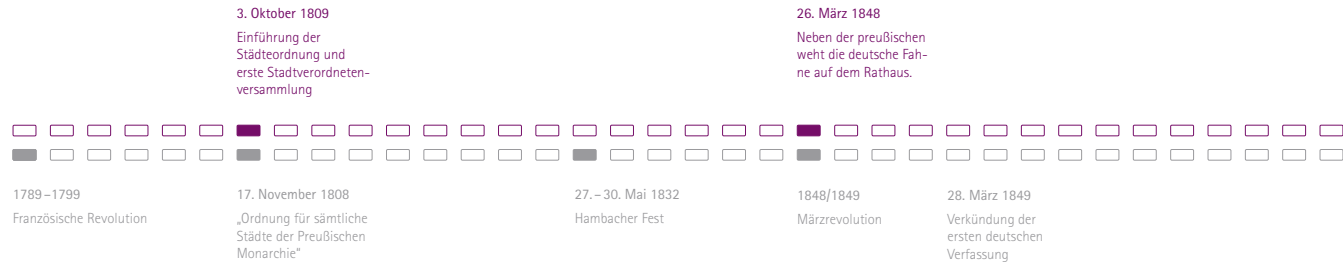


Kladderadatsch

Nach dem Gottesdienst am 13. Oktober in der **2** Maria-Magdalenen-Kirche findet in Eberswalde die erste Demonstration von Bürgern statt, die sich mit den Verhältnissen in der DDR nicht mehr abfinden wollen. Im **3** Kulturhaus „Rotes Finowtal“, dem heutigen Kino „movimagic“, wird am 28. Oktober ein Bürgerforum veranstaltet. Auf Einladung des Rates der Stadt kommt es zu einem Austausch über die aktuellen Ereignisse. Die anwesenden Bürgerinnen und Bürger



CARL MÜLLER
1810-1866, BUCHDRUCKEREIBESITZER



fordern die Entsendung von Aktivisten des „Neuen Forums“ in das Präsidium, was vom Bürgermeister abgelehnt wird. Inmitten einer explosiver werdenden Stimmung fordern die Eberswalder das Ende von Korruption und Machtmissbrauch. Der Bürgermeister versucht die Situation zu entspannen, indem er einen Dialog mit den Vertretern des „Neuen Forums“ in Aussicht stellt. Wenige Tage später macht der Bürgermeister sein Versprechen wahr und lädt die Vertreter des „Neuen Forums“ am 31. Oktober ins Rathaus ein. Als ein erstes Ergebnis dieser Gespräche erhält das „Neue Forum“ am 6. November Räumlichkeiten für öffentliche Veranstaltungen im **4** Jugendclubhaus in Finow (heute Begegnungsstätte Bahnhof).

Während in Berlin am 9. November 1989 die Mauer fällt, wird im damaligen **5** Kulturhaus in der ehemaligen Hans-Beimler-Straße (heute Grabowstraße) der Erste Sekretär der SED-Kreisleitung abgelöst und am gleichen Tag ein Bürgerforum zum Thema „Demokratie“ durchgeführt. Bei dieser Veranstaltung sitzen

nun erstmals Vertreter des „Neuen Forums“ im Präsidium. Am 10. November versammeln sich ca. 1.000 Menschen in und vor der Maria-Magdalenen-Kirche. Dabei werden die Teilnehmer vom gegenüberliegenden Museumsgebäude aus von der Staatssicherheit beobachtet, gegen den Willen der Museumsmitarbeiter. Teilnehmer dieser Andacht werden daraufhin im Nachgang auf die Liste für

die Stasi-Internierungs- und Isolationslager gesetzt. Das dies noch nach der Maueröffnung geschieht, stellt einen einmaligen Vorgang dar. Der sich anschließende Schweigemarsch in Gedenken an die Opfer der staatlichen Übergriffe vom 07./08. Oktober führt direkt an der Hauptpolizeiwache vorbei, wo sich lange Schlangen von Menschen befinden, die ihren Visastempel abholen wollen.

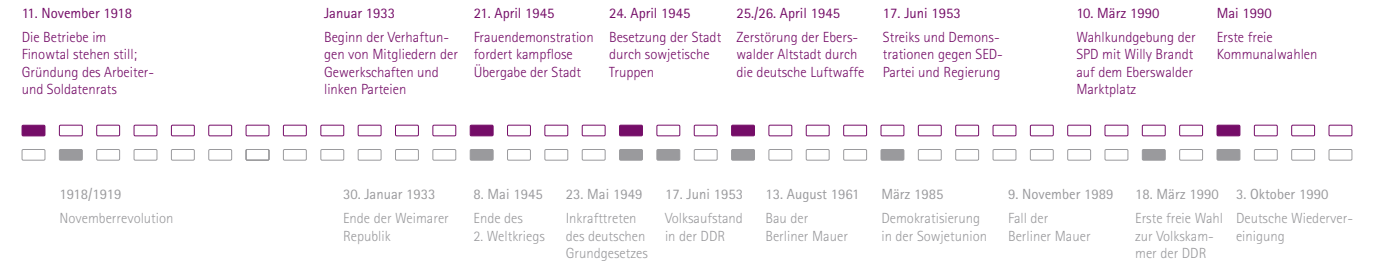
Am 18. November 1989 findet die größte Demonstration der Wendezeit in Eberswalde statt. Zirka 10.000 Teilnehmer marschieren von Finow aus nach Eberswalde und treffen sich auf dem ehemaligen



Rede von Willy Brandt auf dem Marktplatz

„Rummelplatz“ (heute Rathauspassage) neben dem Rathaus. Der amtierende Sekretär der SED-Kreisleitung versucht erfolglos, zu den Demonstranten zu sprechen, die mit selbst gestalteten Bannern mit Botschaften wie „Alle Macht dem Volke und nicht

nur einer Partei“ ihre Meinung kundtun. Am 5. Dezember besichtigen Bürgervereine und ein Entsandter der Staatsanwaltschaft die Dienststelle des Ministeriums für Staatssicherheit in der **6** Villa Sonnenschein in der heutigen Breiten Straße. Ziel des Besuchs ist es, die weitere Vernichtung der Unterlagen zu verhindern. Doch die Aktenschränke sind schon so gut wie leer, zahlreiche Dokumente bereits vernichtet. Zum Erstaunen der Stasi-Mitarbeiter stellen die Menschen Kerzen auf die Mauern vor dem Haus. Zum ersten Runden Tisch treffen Vertretern des Rat des Kreises und des Rates der Stadt unter der Moderation von Pfarrer Baske am 19. Dezember 1989 zusammen.



Am 10. März 1990 besucht der Ehrenvorsitzende der SPD und Friedensnobelpreisträger Willy Brandt Eberswalde, um seine Partei im Wahlkampf zu unterstützen. Vor mehreren Tausend Menschen hält er eine Rede auf dem **7** Marktplatz. Im Vorfeld müssen die Organisatoren kurzfristig eine Bühne bauen, da die Benutzung des Rathausbalkons verboten wird.



Menschenkette in Eberswalde 1989

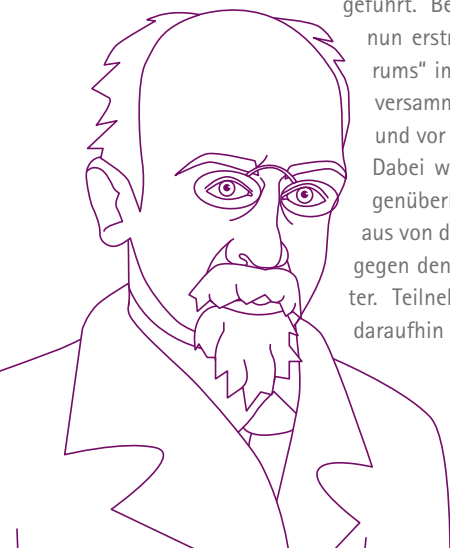
Mehrere Ausstellungen erinnern in diesem Jahr an die Ereignisse der Wendezeit. Die Ausstellung „Schwerter zu Pflugscharen – der gefährliche Schmied“ in der Maria-Magdalenen-Kirche erinnert vom 8.–18. November 2009 an die Friedensbewegung der evangelischen Kirche, während im Paul-Wunderlich-Haus die Sonderausstellung „Dichter, Denker, Potentaten – Plädoyer für Freiheit und Demokratie“ mit Werken Wunderlichs zu sehen ist. Unter dem Titel „Demokratischer Wandel – ein Labyrinth der Erinnerungen“ zeigt das **8** Museum in der Adler-Apotheke vom 9. November 2009 bis zum 18. April 2010 die Ereignisse des gesellschaftlichen Umbruchs. Mit Zeitzeugengesprächen und Archivrecherchen arbeitete das Eberswalder Museum die jüngste Geschichte der Stadt Eberswalde und der Region auf. Mit der eingebundenen Kunstinstallation von Reinhard Zabka werden zudem Erinnerungen an den Wahlbetrug, den Runden Tisch bis hin zur Wiedervereinigung lebendig.

WELTGESCHICHTE

- 1789–1799 Französische Revolution.
- 17. November 1808 „Ordnung für sämtliche Städte der Preußischen Monarchie“ legt weitgehende Rechte kommunaler Selbstbestimmung fest.
- 27.–30. Mai 1832 Hambacher Fest.
- 1848/49 Märzrevolution.
- 28. März 1849 Verkündung der ersten deutschen Verfassung in der Frankfurter Paulskirche.
- 1918/19 Novemberrevolution Umwandlung des Deutschen Reiches von einer Monarchie in eine demokratische Republik.
- 30. Januar 1933 Ende der Weimarer Republik mit dem Wahlsieg der NSDAP.
- 8. Mai 1945 Bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht und damit Ende des zweiten Weltkrieges.
- 23. Mai 1949 Inkrafttreten des deutschen Grundgesetzes.
- 17. Juni 1953 Volksaufstand in der DDR.
- 13. August 1961 Bau der Berliner Mauer.
- März 1985 Beginn der Demokratisierung in der Sowjetunion unter Michail Gorbatschow.
- 9. November 1989 Fall der Berliner Mauer.
- 18. März 1990 Erste freie Wahl zur Volkskammer der DDR.
- 3. Oktober 1990 Deutsche Wiedervereinigung.

EBERSWALDE

- 3. Oktober 1809 Einführung der Städteordnung und erste Stadtverordnetenversammlung.
- 26. März 1848 Neben der preußischen weht die deutsche Fahne auf dem Rathaus.
- 11. November 1918 Die Betriebe im Finowtal stehen still; Gründung des Arbeiter- und Soldatenrats.
- Januar 1933 Beginn der Verhaftungen von Mitgliedern der Gewerkschaften und linken Parteien.
- 21. April 1945 Frauendemonstration fordert kampfbereite Übergabe der Stadt.
- 24. April 1945 Besetzung der Stadt durch sowjetische Truppen.
- 25./26. April 1945 Zerstörung der Eberswalder Altstadt durch die deutsche Luftwaffe.
- 17. Juni 1953 Streiks und Demonstrationen gegen SED-Partei und Regierung.
- 10. März 1990 Wahlkundgebung der SPD mit Willy Brandt auf dem Eberswalder Marktplatz.
- Mai 1990 Erste freie Kommunalwahlen nach der friedlichen Revolution Wahl von Dr. Hans Mai (SPD) zum Bürgermeister und Bodo Ihrke (SPD) zum Landrat.

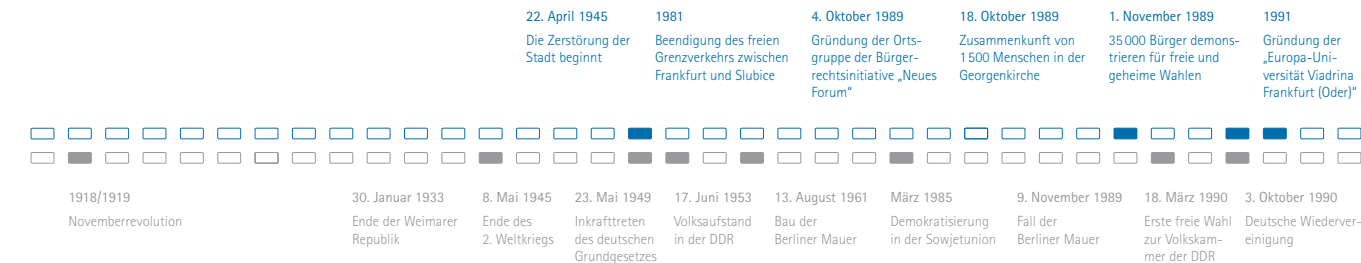
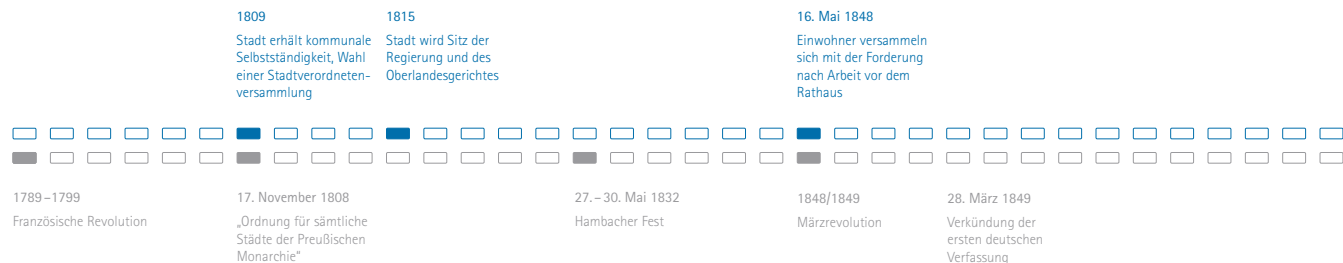


KURT EISNER
1867–1919, SCHRIFTSTELLER UND 1. MINISTERPRÄSIDENT DES FREISTAATES BAYERN

KLEISTSTADT FRANKFURT (ODER)

Die Stadt Frankfurt (Oder) verdankt ihre Entwicklung im 13. Jahrhundert der Lage an einer gut zu überquerenden Stelle des Oderstroms. Handel und Wandel bringen der Stadt im Verlauf ihrer Geschichte Ansehen und Wohlstand. Im Jahr 1253 erhält die Siedlung an der Oder das Stadtrecht. Die Stadt gewinnt an Bedeutung und wird im Jahr 1506 die erste Universitätsstadt in der Mark Brandenburg. Schon im ersten Jahr lernen hier 950 Studenten. Frankfurt spielt in der Geschichte Preußens eine bedeutende Rolle. So gilt die Aushebung von neun Kompanien am 1. Mai 1626 als Gründung des Preußischen Heeres. Mit dieser Armee greift der preußische König in den Dreißigjährigen Krieg ein, unter dem die Bevölkerung der Oderstadt stark leidet. Aber auch zahlreiche Brände und Überschwemmungen im Laufe der Jahrhunderte können die Bewohner nicht vertreiben. So übersteht Frankfurt (Oder) auch die Belagerung und Plünderung durch russische Truppen im 18. Jahrhundert und durch französische Armeen im 19. Jahrhundert. Mit dem Potsdamer Abkommen des Sommers 1945 bestimmen die Alliierten den Verlauf der Flüsse Oder und Neiße zur Westgrenze Polens. Damit entstehen aus einer Stadt zwei Städte – Frankfurt (Oder) und Ślubice. Nach der Wiedervereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990 verabreden beide eine intensive freundschaftliche Zusammenarbeit und bald darauf erfolgt der visafreie Grenzverkehr zwischen den Nachbarstaaten. Gemeinsam mit Ślubice begangene lokale und europäische Ereignisse wie das Stadtjubiläum 2003, die Aufnahme Polens in die Europäische Union 2004 oder der Beitritt Polens zum Schengener Abkommen 2007 haben erreicht, dass beide Städte zum verbindenden Element zwischen zwei Ländern geworden sind.





DIE GEORGENKIRCHE

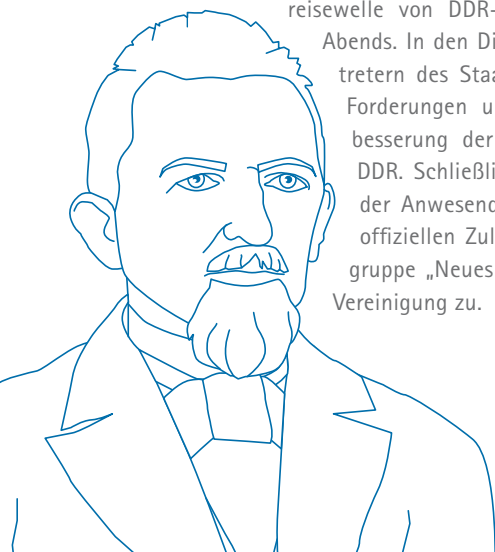
Die Kirche in der Bergstraße **1** entsteht in den Jahren 1926 bis 1928 als ein Zentralbau aus dunkelrotem Klinker. Zusammen mit dem hohen quadratischen Westturm, der Vorhalle, einer großzügigen Freitreppe sowie einer Säule mit der Reiterfigur des Heiligen Georg bildet der Bau ein imposantes Ensemble.



Georgenkirche

In der Zeit der friedlichen Revolution wird die Kirche zu einem markanten Ort. Am 18. Oktober 1989 öffnet die Georgenkirche ihre Türen den Frankfurterinnen und Frankfurtern. Dem Aufruf des „Neuen Forums“ zum freien Meinungs austausch kommen mindestens 1 500 Menschen nach. Der Zustrom ist so groß, dass zahlreiche Interessierte keinen Platz im Innern der Kirche finden.

„Wir bleiben hier!“ – das ist angesichts der anhaltenden Ausreisewelle von DDR-Bürgern der Tenor des Abends. In den Diskussionen mit den Vertretern des Staates erheben die Bürger Forderungen und Vorschläge zur Verbesserung der Lebenssituation in der DDR. Schließlich stimmt die Mehrheit der Anwesenden einer Resolution zur offiziellen Zulassung der Oppositionsgruppe „Neues Forum“ als anerkannter Vereinigung zu.



ALBRECHT ZEHME
1829-1880, STADTVERORDNETER UND PROREKTOR DER FRANKFURTER OBERSCHULE

DAS WICHERNHEIM

Die Evangelische Frauenhilfe gründet 1903 in Frankfurt (Oder) das Fürsorgehaus Wichernheim in der Luisenstraße **2**. Junge Mädchen und Frauen in schwierigen Situationen, finden seitdem hier ein Zuhause und erhalten eine Ausbildung. Nach 1945 nimmt das Heim Kinder auf, die ihre Familien im 2. Weltkrieg verloren haben. Viele finden ihre Eltern wieder, andere werden an Familien oder staatliche Heime vermittelt. Zurück bleiben in dieser kirchlichen Einrichtung vor allem geistig behinderte Kinder und Jugendliche. Die Sozialpolitik der DDR schenkt diesen Menschen kaum Aufmerksamkeit. Engagierte Menschen geben sie trotz schwerster Bedingungen dennoch nicht auf.

Nicht zufällig ist das Wichernheim daher mit seinen Mitarbeitern und Freunden 1989 eine Keimzelle der Bürgerbewegung, der es um Freiheit und soziale Gerechtigkeit geht. Heute sind unter dem Dach des Wichernheim Frankfurt (Oder) e.V. verschiedene Träger sozialer Arbeit vereint, die sich der Akzeptanz und der Wertschätzung eines jeden Individuums verschrieben haben.

DER BRUNNENPLATZ

Auf dem Brunnenplatz **3** findet im Stadtzentrum von Frankfurt (Oder) am 1. November 1989 eine große Demonstration für die politische Wende in der DDR statt. Zu der Kundgebung hatte das „Neue Forum“ aufgerufen und etwa 35000 Menschen folgen dem Appell.

Der Brunnen aus jener Zeit ist mittlerweile nicht mehr vorhanden. Der Leipziger Künstler Michael Fischer-Art schuf an gleicher

Stelle eine farbenfrohe neue Anlage. Wer genau hinsieht, liest auf den Stufen neben dem Brunnen folgende Passage aus der Rede des Arztes Dr. Karl-Ludwig von Klitzing: „Wir brauchen eine vollkommene Demokratisierung, Reisefreiheit, Rede- und Pressefreiheit, Chancengleichheit, Perspektiven für jeden Einzelnen, ein besseres Bildungssystem. Vieles andere kommt noch hinzu. Und wir brauchen wirksame Kontrollen. Die friedliche Demonstration soll kundgeben, dass wir alle hier für die Wende sind, an ihr mitarbeiten, sie mittragen, sie dringend fordern“.

Kurze Zeit später, am 19. November 1989, versammeln sich erneut etwa 10000 Demonstranten auf dem Zentralen Platz. Künstler und Kulturschaffende melden sich zu Wort und fordern auch nach der Öffnung der Mauer den unverminderten Fortgang des gesellschaftlichen Wandels.

DAS KULTURZENTRUM AM UNTERKIRCHPLATZ

Beinahe 200 Jahre ist das heutige Kulturzentrum am Unterkirchplatz **4** ein Gefängnis. Auch die Geheimpolizei der DDR nutzt das Gebäude um Regimekritiker einzusperrern.

Das im Dezember 1989 gegründete Diskussionsforum „Runder Tisch“ beauftragt eine Bürgergruppe mit der Befragung von Menschen, die durch Maßnahmen des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit Schaden genommen hatten und Re-



Kulturzentrum am Unterkirchplatz

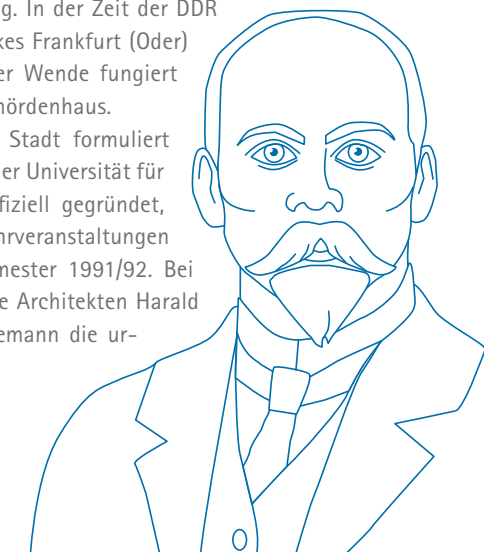
habilitierung einfordern. Annähernd 200 Gespräche verdeutlichen die unrühmliche Rolle des Gebäudes in der Lebensgeschichte vieler Menschen. So entsteht die Idee, das Gefängnis in eine Gedenkstätte für die Opfer politischer Gewaltherrschaft umzuwandeln. Gästen des Hauses stehen sechs erhalten gebliebene Gefängniszellen, ein Gedenkraum und ein größerer Raum für Vorträge, wechselnde Ausstellungen und Veranstaltungen offen.

In den letzten Jahren hat sich der Ort als Kulturzentrum etabliert. Nach vielfältigen Umbauten und Neuerungen haben hier die Musikschule der Stadt, ein Cafe mit Blick auf die Oder sowie die Kinder-, Jugend- und Musikbibliothek eine neue Heimat gefunden.

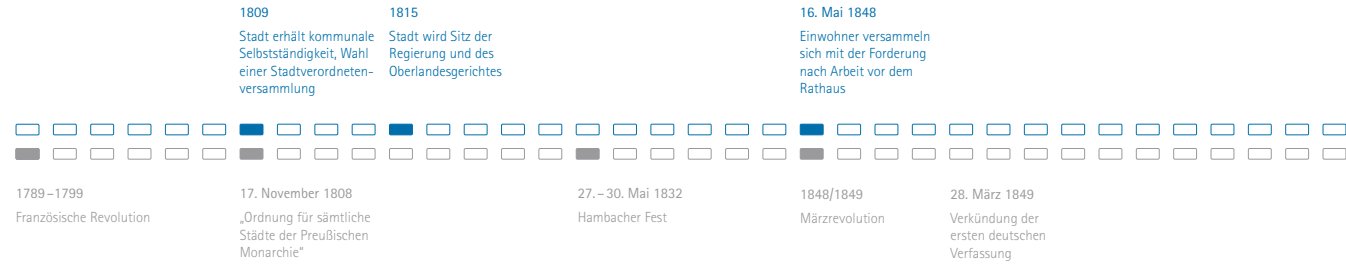
DAS HAUPTGEBÄUDE DER UNIVERSITÄT

Ursprünglich dient das zwischen 1898 und 1903 erbaute heutige Hauptgebäude der Europa-Universität **5** Viadrina als Sitz der Preussischen Provinzialregierung. In der Zeit der DDR hat hier der Rat des Bezirkes Frankfurt (Oder) seinen Hauptsitz. Nach der Wende fungiert es kurzzeitig als Landesbehördenhaus.

Der Runde Tisch der Stadt formuliert 1989 den Wunsch nach einer Universität für Frankfurt (Oder). 1991 offiziell gegründet, beginnen die ersten Lehrveranstaltungen der Viadrina im Herbstsemester 1991/92. Bei der Renovierung stellen die Architekten Harald Deilmann und Carl Schagemann die ur-



EMIL FABER
1861-1930, SOZIALDEMOKRATISCHER STADT-,
PROVINZIALLANDTAGS- UND REICHSTAGSABGEORDNETER



sprüngliche Silhouette wieder her. Der riesige Dachraum des Universitätsgebäudes enthält heute die im Dezember 1993 eröffnete Universitätsbibliothek. Unter diesen Lernbedingungen wuchs die Zahl der Studierenden ständig an. Nach anfangs 400 Studentinnen und Studenten sind im Herbstsemester 2008 5 500 junge Menschen aus 79 Ländern an der Europa-Universität Viadrina eingeschrieben.

DAS AUDITORIUM MAXIMUM DER EUROPA-UNIVERSITÄT

Das heutige Auditorium Maximum der Europa-Universität **6** beherbergt bis zur Wende die Bezirksparteischule der SED. Zu Gunsten des zwischen 1976 und 1979 errichteten Gebäudes muss das intakte Gemeindehaus der St. Marienkirche weichen.

Nach der Gründung der Viadrina nutzt die Hochschule Hörsaal, Seminarräume und Mensa. Eine umfassende Sanierung des Gebäudes kann jedoch erst beginnen, nachdem 2002 das Gräfin-Dönhoff-Gebäude am Europa-Platz fertig gestellt ist.

Zu Beginn des neuen Studienjahres 2004 erfolgt die feierliche Übergabe des komplett renovierten Gebäudes als Auditorium Maximum. Es enthält einen großen Saal mit 500 Plätzen, neun unterschiedlich dimensionierte Seminarräume und diverse Funktionsräume. Zu dem Gesamtensemble gehören außerdem eine Mensa sowie ein Internatsgebäude, das heute für studentisches Wohnen vom Studentenwerk betrieben wird.

DAS SPRACHENZENTRUM DER EUROPA-UNIVERSITÄT

Ein Zeuge der langen Geschichte von Frankfurt (Oder) als Preußische Garnisonsstadt ist die 1878-1881 errichtete „Kaserne des Grenadierregiments Prinz Karl von Preußen Nr.12“. Wegen der gelben Klinkerfassade heißt das Gebäude im Volksmund auch „Gelbe Kaserne“.



Sprachenzentrum Europa-Universität

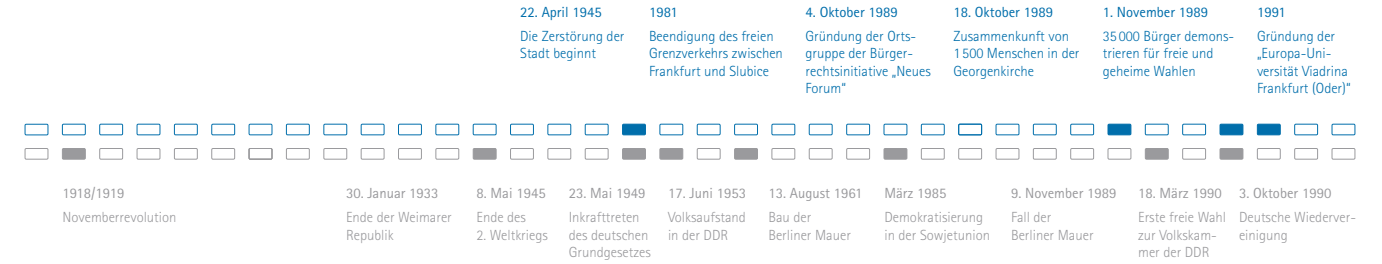
Die Europa-Universität Viadrina benötigt mit einer steigenden Zahl von Studienangeboten zusätzlichen Raum. Eine Begutachtung des leerstehenden Objektes ergibt die Eignung des Hauptgebäudes für eine universitäre Nutzung. Am 3. Februar 1999 findet nach umfangreichen Modernisierungsmaßnahmen die feierliche Einweihung des neuen Sprachenzentrums der Viadrina **7** statt.

DAS CARL-FRIEDRICH-GAUSS-GYMNASIUM

Die Architektur des Carl-Friedrich-Gauß-Gymnasiums **8** symbolisiert die demokratische Bildungspolitik der Weimarer Republik. 1930 begann an der heutigen Friedrich-Ebert-Straße die Errichtung einer pädagogischen Akademie im Baustil der „Neuen Sachlichkeit“.

Trotz der Machtübernahme der Nationalsozialisten erfolgt die Fertigstellung des Gebäudes 1935 nach den ursprünglichen Plänen. Ab 1957 dient es bis zum Ende der DDR als Sitz der SED-Bezirksleitung.

In den Jahren 2002 und 2003 wird das Gebäudeensemble nach



mehreren Interimsnutzungen umfangreich saniert. Seitdem lernen 500 Schülerinnen und Schüler von der fünften bis zur dreizehnten Klasse in der Schule. Das Carl-Friedrich-Gauß-Gymnasium ist heute eine naturwissenschaftlich-technische Spezialschule, die sich weit über Frankfurt (Oder) hinaus großes Ansehen erworben hat. Nach mehr als 70 Jahren hat sich die Vision von Demokratie und Bildung an diesem Ort erfüllt.

BEHÖRDE ZUR AUFARBEITUNG DER STASI-TÄTIGKEIT

In der Fürstenwalder Poststraße befindet sich die Außenstelle Frankfurt (Oder) der „Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR“ **9**.

Die Behörde nutzt einen Teil des großen Komplexes, der in Vorbereitung auf den Eroberungskrieg des nationalsozialistischen Deutschlands 1935/36 für die Wehrmacht errichtet wurde.

Heute besteht die zentrale Aufgabe der Stasi-Unterlagen-Behörde in der Aufarbeitung der Geschichte des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), der ehemaligen Geheimpolizei der DDR. Dazu gehört sowohl das Erschließen des Aktenbestandes, die Rekonstruktion zerrissener Unterlagen mit modernsten Verfahren, als auch eine breite Öffentlichkeitsarbeit mit Ausstellungen, Seminaren und Vorträgen. In Kooperation mit der Stadt Frankfurt (Oder) betreut die Behörde zudem die „Gedenkstätte politischer Gewaltherrschaft“.



Birtler-Behörde in der Fürstenwalder Poststraße

WELTGESCHICHTE

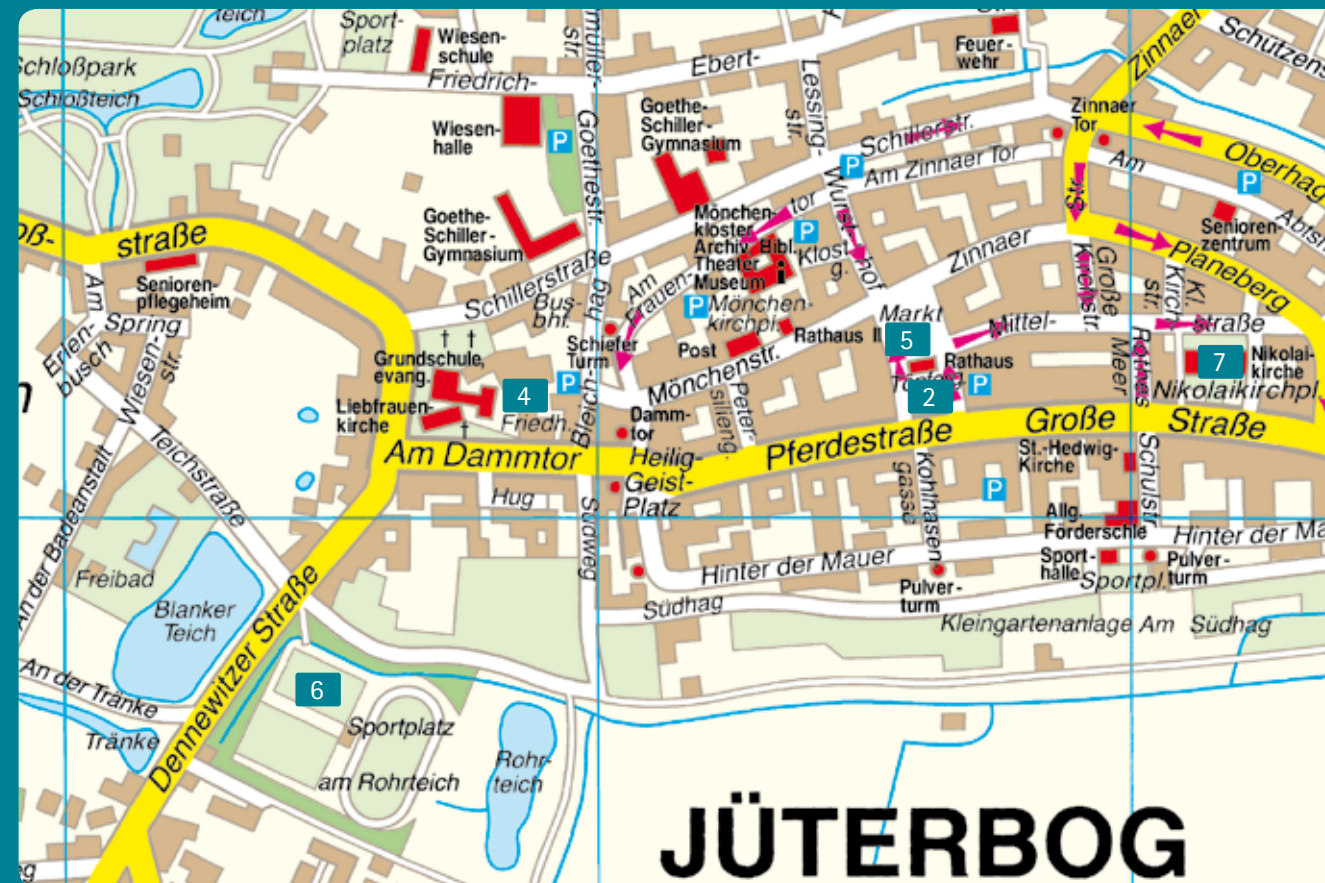
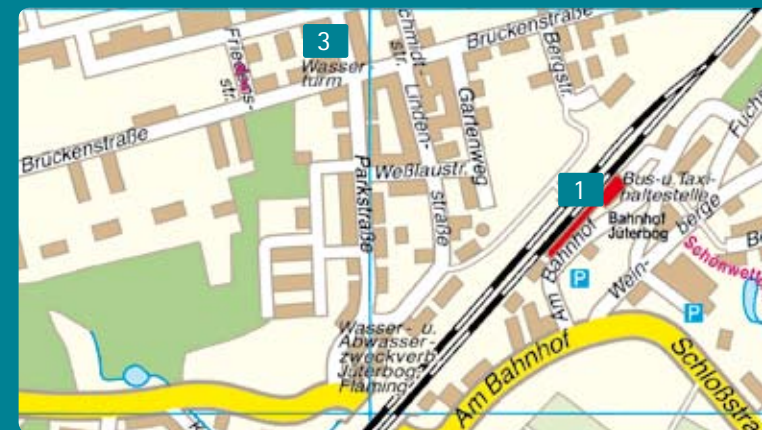
- 1789-1799** Französische Revolution.
- 17. November 1808** „Ordnung für sämtliche Städte der Preußischen Monarchie“ legt weitgehende Rechte kommunaler Selbstbestimmung fest.
- 27.-30. Mai 1832** Hambacher Fest.
- 1848/49** Märzrevolution.
- 28. März 1849** Verkündung der ersten deutschen Verfassung in der Frankfurter Paulskirche.
- 1918/19** Novemberrevolution Umwandlung des Deutschen Reiches von einer Monarchie in eine demokratische Republik.
- 30. Januar 1933** Ende der Weimarer Republik mit dem Wahlsieg der NSDAP.
- 8. Mai 1945** Bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht und damit Ende des zweiten Weltkrieges.
- 23. Mai 1949** Inkrafttreten des deutschen Grundgesetzes.
- 17. Juni 1953** Volksaufstand in der DDR.
- 13. August 1961** Bau der Berliner Mauer.
- März 1985** Beginn der Demokratisierung in der Sowjetunion unter Michail Gorbatschow.
- 9. November 1989** Fall der Berliner Mauer.
- 18. März 1990** Erste freie Wahl zur Volkskammer der DDR.
- 3. Oktober 1990** Deutsche Wiedervereinigung.

KLEISTSTADT FRANKFURT (ODER)

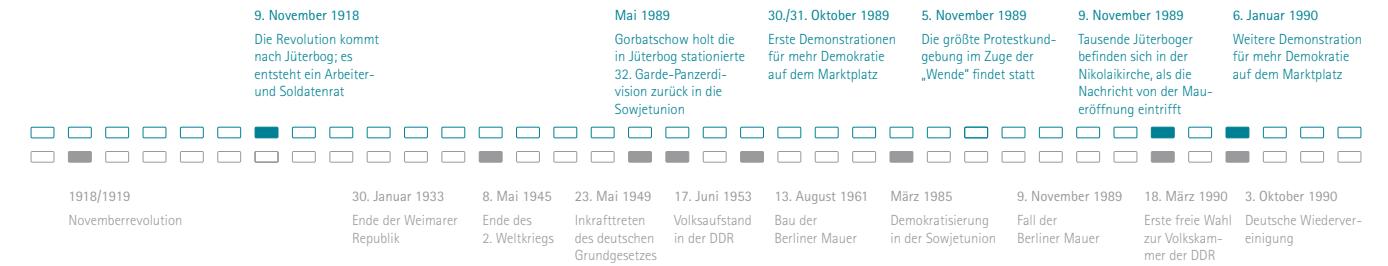
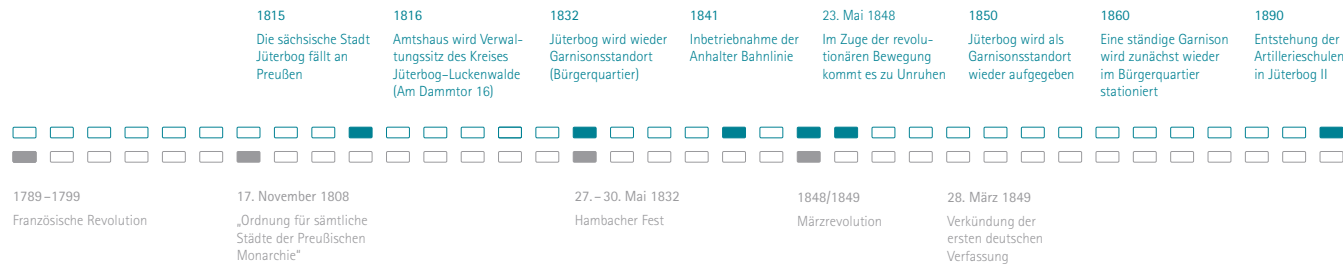
- 1809** Mit der Einführung der „Städte-Ordnung“ erhält die Stadt die kommunale Selbstständigkeit. Wahl einer Stadtverordnetenversammlung.
- 1815** Als Ersatz für die 1811 nach Breslau verlegte Universität wird die Stadt Sitz der Regierung und des Oberlandesgerichtes.
- 16. Mai 1848** Zahlreiche Einwohner versammeln sich mit der Forderung nach Arbeit vor dem Frankfurter Rathaus. Die vom Magistrat herbeigerufene Bürgerwehr treibt die Versammlung auseinander und verhaftet einige der Demonstranten.
- 22. April 1945** Einen Tag vor dem Einmarsch der Roten Armee, beginnt die Zerstörung der Stadt. Nachfolgende Brandstiftungen zerstören das alte Stadtzentrum.
- 1981** Beendigung des freien Grenzverkehrs zwischen Frankfurt und Słubice nach Erstarben der demokratischen Solidarnosc-Bewegung in Polen.
- 4. Oktober 1989** Gründung der Ortsgruppe der Bürgerrechtsinitiative „Neues Forum“.
- 18. Oktober 1989** Zusammenkunft von 1 500 Menschen in der Georgenkirche zu Diskussion und Austausch.
- 1. November 1989** 35 000 Bürger demonstrieren für freie und geheime Wahlen, für Versammlungs- und Pressefreiheit.
- 1991** Gründung der „Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)“; Heute besuchen mehr als 5 000 Studenten die international anerkannte Hochschule.

JÜTERBOG

Jüterbog, erstmals im Jahr 1007 erwähnt, erhält 1174 mit dem Stadtrecht den Rang einer Provinzhauptstadt. Nach einer Blütezeit im späten Mittelalter als wichtiges Handelszentrum verliert die zweitälteste Stadt im heutigen Land Brandenburg an Bedeutung. Dazu tragen vor allem die Verwüstungen und Folgen des Dreißigjährigen Krieges (1618-1648) und des Siebenjährigen Krieges (1756-1763) bei. Jüterbog ist bereits in sächsischer Zeit Garnisonsstandort und noch 1811 Hauptquartier eines königlich-sächsischen Regiments. Schließlich ist es Napoleon zu verdanken, dass Jüterbog brandenburgisch wird. Auf dem Wiener Kongress des Jahres 1815 fällt die seit 1635 sächsische Stadt an den preußischen König. Im Rathaus am Markt richten die neuen Statthalter ein preußisches Land- und Stadtgericht ein und strukturieren die Stadtverwaltung allmählich nach preußischer Norm um. Die revidierte preußische Städteordnung von 1831 bringt Jüterbog die weitgehende kommunale Selbstverwaltung. Fortan wählen die Bürger Stadtverordnete, aus denen der Magistrat der Stadt hervorgeht. Ab 1824 versprechen sich die Stadtoberen, die zunächst gegen die Stationierung von preußischem Militär waren, von der Errichtung einer Garnison den dringend notwendigen wirtschaftlichen Aufschwung. So wird im Jahr 1832 zunächst eine Abteilung Artillerie in den Wohnhäusern der Jüterboger Bürger einquartiert. Trotz dieser Bemühungen und der Inbetriebnahme des Bahnhofs 1 an der Anhalter Bahnlinie 1841 bringen die letzten Jahre vor der Deutschen Revolution 1848 der Wirtschaft nicht die erhoffte Entwicklung. Auch die Inbetriebnahme der Berlin-Anhaltinischen-Eisenbahn 1841 kann nicht verhindern, dass die von Handwerksbetrieben geprägte Wirtschaft der Stadt im Wettbewerb zu den Fabriken in Luckenwalde an Boden verliert.



JÜTERBOG



EINE REVOLUTION MIT WENIG BLUTVERGIESSEN UND EINIGEN FORTSCHRITTEN

Vom März 1848 bis in den Sommer 1849 stehen die Königreiche und Fürstentümer in Deutschland unter dem Einfluss revolutionärer Ereignisse. Überall im zersplitterten Deutschen Reich fordern Demokraten Rechte wie Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit. vielerorts unterdrückt das Militär die Freiheitsbestrebungen in blutigen Kämpfen.

Auch an Jüterbog gehen die Entwicklungen nicht spurlos vorüber. Als die Bürger am Abend des 23. März 1848 die Nachrichten von den Zusammenstößen zwischen preußischer Armee und revolutionären Barrikadenkämpfern in Berlin erhalten, kommt es im Stadtgebiet zu Unruhen. Das örtliche Militär schlägt die Ausschreitungen mit Waffengewalt nieder. Daraufhin ordnen die Behörden die allgemeine Bürgerbewaffnung zum Schutz des Eigentums und zur Aufrechterhaltung der Ordnung an. Jeder Bürger, der die Ehrenrechte aufgrund seiner Teilnahme an den „demokratischen Umtrieben“ nicht verloren hat, darf dieser Bürgerwehr angehören. Von der lokalen Garnison unterstützt und vom Artilleriedepot in Berlin leihweise mit 126 Säbeln und 80 Gewehren ausgestattet, tritt die Miliz ihren Dienst an. Es bleibt jedoch ruhig und die geliehenen Waffen kommen nicht zum Einsatz.

Nachdem sich die Wogen der Revolution langsam ge-

glättet haben, zeichnen sich einige Verbesserungen für die Menschen der Stadt ab. Zur Beschäftigung brotloser Arbeiter vergibt die Stadt mit öffentlichen Mitteln verschiedene Straßenbauaufträge. Zudem werden Volksbildung und körperliche Ertüchtigung als sinnvolle Ziele neu definiert: Ein Handwerkerverein etabliert sich und an den Schulen der Stadt wird der Turnunterricht eingeführt. Schließlich begrüßen die Bürger auch die Zusammenlegung von Land- und Stadtgericht zum Königlich Preußischen Kreisgericht im Jüterboger Rathaus **2**.

Zwei Jahre nach der Märzrevolution gibt das preußische Militär die Garnison in der Stadt zunächst auf. 1860 kehren die Soldaten auf Drängen der Stadtverwaltung in die Wohnhäuser der Bürger zurück und tragen wesentlich zum wirtschaftlichen Aufschwung in der Stadt bei. Seit 1890 ist die Garnison **3** auf einem Areal außerhalb des ursprünglichen Jüterboger Stadtkerns stationiert. Das eigens angelegte Jüterbog II entwickelt sich in der Folgezeit zu einer der bedeutendsten Militärstandorte Preußens.

VOM ENDE DES ERSTEN WELTKRIEGES ZUR WEIMARER REPUBLIK

Im Jahr 1918 ist die Bevölkerung des Deutschen Reiches kriegsmüde. Von der Zuversicht und Euphorie zu Beginn des 1. Weltkrieges im



Ehemaliger Garnisonsstandort Jüterbog II in der Parkstraße

August 1914 ist nichts mehr geblieben. Aussichtslose Grabenkämpfe an den Fronten, Millionen von Todesopfern und die sich immer weiter zuspitzende Versorgungslage in der Heimat haben die Menschen zermüht.

Als die Oberbefehlshaber der deutschen Marine im November ihre Matrosen in eine letzte sinnlose Schlacht schicken wollen, kommt es zur Meuterei. Von Kiel und Wilhelmshaven ausgehend, verweigern die Soldaten im Felde der Heeresleitung die Gefolgschaft. Am 11. November 1918 schließt das Deutsche Reich einen Waffenstillstand mit den Kriegsgegnern Großbritannien, Frankreich und den USA. Einen Tag zuvor hatte Kaiser Wilhelm II. abgedankt, das Deutsche Reich ist nun eine Republik.

In ganz Deutschland bilden sich daraufhin Arbeiter- und Soldatenräte. Am 15. November 1918 tritt der Jüterboger Zentralausschuss der vereinigten Arbeiter- und Soldatenräte erstmals zusammen. In seiner Satzung wird ausdrücklich die Absicht betont, Vertreter der Zivilbevölkerung in die Arbeit des Ausschusses einzubeziehen. Die Bewahrung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung sowie die Umsetzung von Anordnungen der neuen SPD-geführten Regierung sind die festgelegten Ziele des Rates. Nach dem Willen des Rates sollen alle bisherigen Behörden und Verwaltungsstellen bestehen bleiben, müssen jedoch fortan ihre Arbeitsbefugnisse mit dem Zentralausschuss koordinieren.

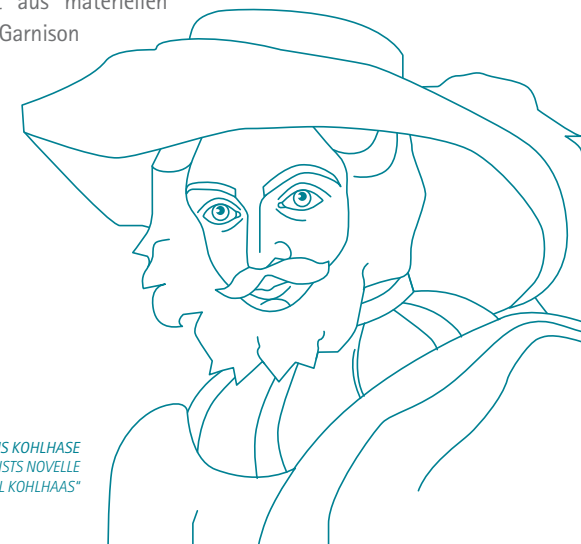
Am 22. November fordert der Arbeiter- und Soldatenrat die Umstellung der Betriebe auf Friedensproduktion. Je länger der gerade beendete Weltkrieg gedauert hatte, desto einseitiger war die gesamte Industrie auf die Bedürfnisse des Militärs ausgerichtet. Der

Rat ermahnt die Fabrikanten und Betriebsräte, Entlassungen zu vermeiden und die Interessen der Arbeiter zu wahren. In der Folgezeit setzen sich in Jüterbog jedoch mehr und mehr reaktionäre Interessen durch. Wie im übrigen Deutschland wollen die Eliten des untergegangenen Kaiserreiches den radikalen Umsturz aller gesellschaftlichen Verhältnisse nicht hinnehmen. Im Dezember 1918 zieht sich der Arbeiter- und Soldatenrat aus den Verwaltungsangelegenheiten der Zivilbehörden zurück und löst sich im Frühjahr 1919 ganz auf.

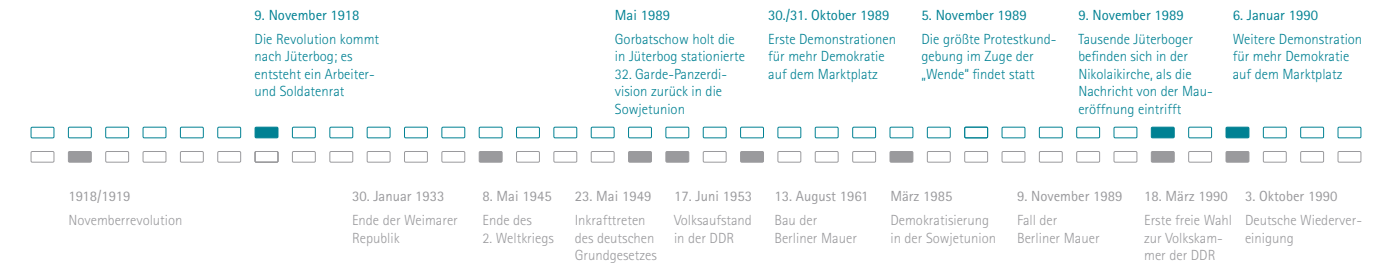
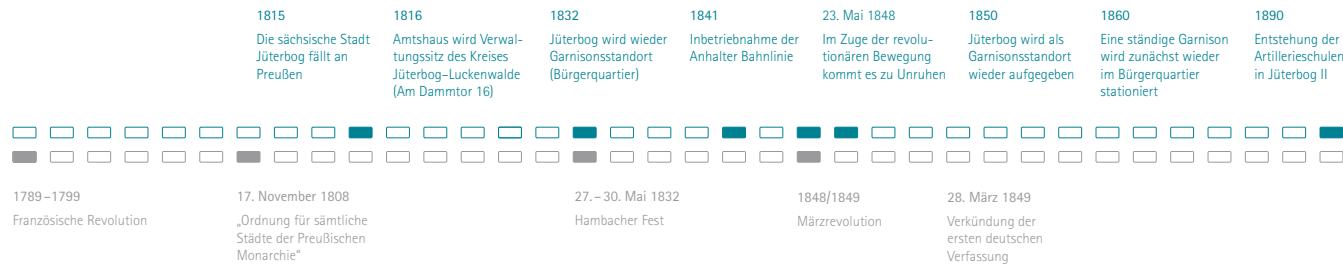
Im Versailler Friedensvertrag von 1919 verpflichtet sich das Deutsche Reich zu einer weitreichenden Beschränkung seiner Streitkräfte. Diese Einschränkungen führen zur Gründung von paramilitärischen Einheiten, sogenannten Freikorps, die sich aus ehemaligen Soldaten zusammensetzen. Jüterbog eignet sich durch die Nähe zu Berlin und eine gute militärische Infrastruktur hervorragend für die Aufstellung, Ausbildung und Konzentration solcher Streitkräfte. Zudem gibt es in der Stadt kaum organisierte, revolutionäre Arbeiter. Eine Bevölkerungsmehrheit ist nicht zuletzt aus materiellen Gründen der Garnison wohl gesonnen.



JOHANN TETZEL
1465-1519, DOMINIKANERMÖNCH UND ABLASSPREDIGER



HANS KOHLHASE
UM 1500-1540, KAUFMANN UND VORBILD FÜR HEINRICH VON KLEISTS NOVELLE
„MICHAEL KOHLHAAS“



JÜTERBOG UND DIE FRIEDLICHE REVOLUTION



Jugendforum am 31.10.1989

Nach dem Ende des 2. Weltkrieges führt die Stationierung sowjetischer Streitkräfte die militärische Tradition Jüterbogs fort. Als Michail Gorbatschow die UdSSR seit Mitte der Achtzigerjahre vorsichtig modernisiert, werden im Mai 1989 erste Truppen aus Jüterbog abgezogen. Die Regierung der DDR ignoriert im Übrigen die sowjetische Politik der Öffnung und Demokratisierung. Systemkritiker sind auch weiterhin politische Gegner und die SED-Führung veranlasst die Fälschung der Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989. Diese Entwicklungen führen einerseits zur politischen Mobilisierung großer Bevölkerungsteile und andererseits zu einer starken Zunahme ausreisewilliger Bürgerinnen und Bürger.

Obwohl es im Herbst 1989 von der SED-Kreisleitung Verfügungen gibt – etwa nicht von einer „Wende“ zu sprechen, sondern von einer „Erneuerung bei vernünftiger Kontinuität“ – sind die Ereignisse in Jüterbog nicht mehr vollständig unter Kontrolle der Machthaber. Nach Protesten gegen den Wahlbetrug im Mai und einem kleineren Demonstrationsumzug am Vorabend zum Sitz der Kreisverwaltung **4** findet am 31. Oktober 1989 auf Drängen von Vertretern der Kirche ein Jugendforum auf dem Marktplatz **5** statt. Bei der Veranstaltung stellen sich verschiedene Ratsvertreter den Fragen und Vorwürfen von rund 2000 Bürgern aller Altersgruppen.

Kurze Zeit später, am 5. November, versammeln sich auf dem

Ernst-Thälmann-Sportplatz **6** 6500 Menschen zu der bis dahin größten Protestkundgebung in Jüterbog. Die Bürgerinnen und Bürger stellen den Staatsfunktionären auf dieser Veranstaltung Fragen zu Demokratie, freien Wahlen, Reisefreiheit und der Berechtigung der SED-Vormachtstellung. Dabei kommt es vereinzelt zu heftigen verbalen Auseinandersetzungen mit Repräsentanten des Kreises.

Den Abend des 9. November 1989 verbringen zahlreiche Menschen in der Nikolaikirche **7**. In Gedenken an die Reichskristallnacht 61 Jahre zuvor steht das Treffen unter dem Motto „Juden und andere Verfolgte staatlicher Macht“. Zu diesem Zeitpunkt überträgt das Fernsehen der DDR live die internationale Pressekonferenz, bei der Günter Schabowski die kurzfristige Erteilung von Reiseanträgen bekannt gibt. Als diese Nachricht in der Jüterboger Kirche ankommt,



Protestkundgebung auf dem Ernst-Thälmann-Sportplatz

herrscht unter den Anwesenden große Freude und Erleichterung. Viele brechen noch am selben Abend auf, um nach West-Berlin zu reisen. Zustimmung findet aber auch die Einstellung, die DDR nicht zu verlassen. Vielmehr wollen reformorientierte Bürgerinnen und Bürger die Gesellschaft unter dem Motto „Wir bleiben!“ zu einem lebenswerten Umfeld gestalten. Dennoch nimmt die (Aus-)Reiselust unerwartete Dimensionen an: vom 9. bis zum 17. November werden in Jüterbog 17545 Visa-Anträge gestellt.

Auch die politische Landschaft in der Stadt gestaltet sich rasch um. Bereits am 10. November formieren sich erste Oppositionsgrup-

pen, wie das „Neue Forum“ oder „Demokratie jetzt“. Ein Runder Tisch mit Vertretern der neu entstandenen Gruppierungen, der Kirchen sowie der SED-Stadtverwaltung nimmt kurze Zeit später die Arbeit auf.

Das Jahr 1990 beginnt mit einer Demonstration und einer anschließenden Resolution auf dem Marktplatz gegen die Weiterfinanzierung von ehemaligen SED-Funktionären. Im Wahlzeitraum des Frühjahrs 1990 können die Jüterboger Bürger zum ersten Mal echte Parteienvielfalt und Wahlkampf erleben. Die Wahlbeteiligung ist bei der Volkskammerwahl sehr hoch – am 18. März 1990 geben von den 27946 Wahlberechtigten ganze 95,03 Prozent ihre Stimme ab. Zur Wahl der Kommunalvertretungen am 6. Mai 1990 gehen 80,45 Prozent.



Nikolaikirche

Mit der DDR endet auch die Ära des Militärs in Jüterbog. Im November 1989 untersagt die sowjetische Kommandantur Flüge an Sonn- und Feiertagen, in den Nachtstunden sowie Tiefflüge über dem Stadtgebiet. 1994 verlässt schließlich der letzte Soldat die Region.

WELTGESCHICHTE

- 1789-1799 Französische Revolution.
- 17. November 1808 „Ordnung für sämtliche Städte der Preußischen Monarchie“ legt weitgehende Rechte kommunaler Selbstbestimmung fest.
- 27.-30. Mai 1832 Hambacher Fest.
- 1848/49 Märzrevolution.
- 28. März 1849 Verkündung der ersten deutschen Verfassung in der Frankfurter Paulskirche.
- 1918/19 Novemberrevolution Umwandlung des Deutschen Reiches von einer Monarchie in eine demokratische Republik.
- 30. Januar 1933 Ende der Weimarer Republik mit dem Wahlsieg der NSDAP.
- 8. Mai 1945 Bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht und damit Ende des zweiten Weltkrieges.
- 23. Mai 1949 Inkrafttreten des deutschen Grundgesetzes.
- 17. Juni 1953 Volksaufstand in der DDR.
- 13. August 1961 Bau der Berliner Mauer.
- März 1985 Beginn der Demokratisierung in der Sowjetunion unter Michail Gorbatschow.
- 9. November 1989 Fall der Berliner Mauer.
- 18. März 1990 Erste freie Wahl zur Volkskammer der DDR.
- 3. Oktober 1990 Deutsche Wiedervereinigung.

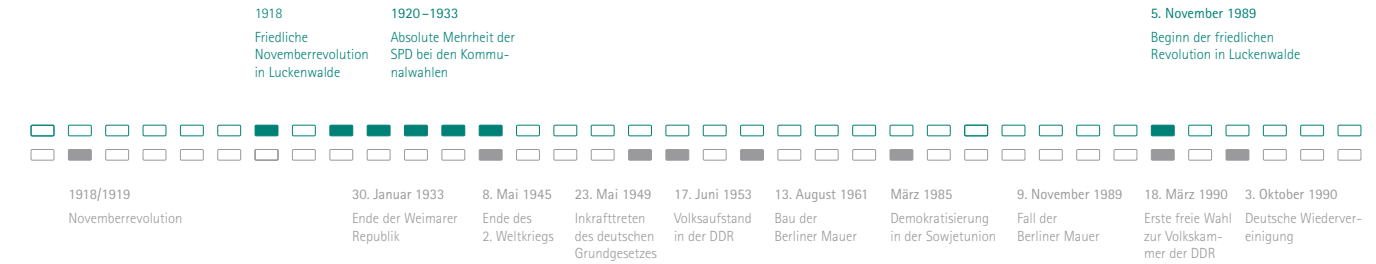
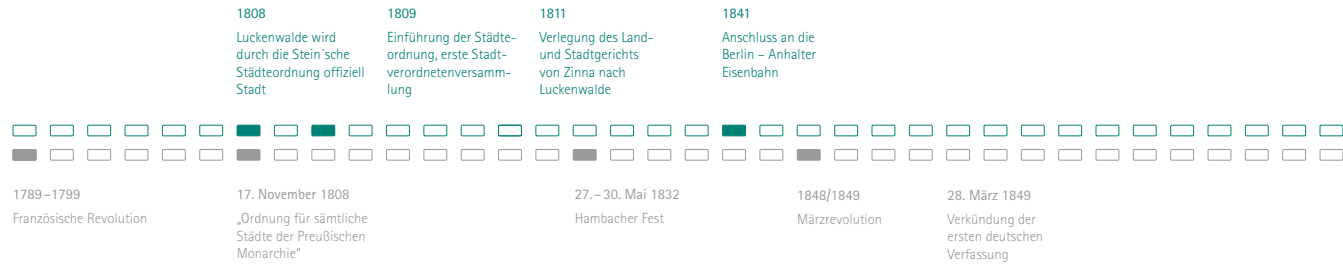
JÜTERBOG

- 1815 Die sächsische Stadt Jüterbog fällt an Preußen.
- 1816 Amtshaus wird Verwaltungssitz des Kreises Jüterbog – Luckenwalde (Am Dammtor 16).
- 1832 Jüterbog wird wieder Garnisonsstandort (Bürgerquartier).
- 1841 Inbetriebnahme der Anhalter Bahnlinie.
- 23. Mai 1848 Im Zuge der revolutionären Bewegung kommt es auch in Jüterbog zu Unruhen.
- 1850 Jüterbog wird als Garnisonsstandort wieder aufgegeben.
- 1860 Eine ständige Garnison wird zunächst wieder im Bürgerquartier stationiert.
- 1890 Entstehung der Artillerieschulen in Jüterbog II.
- 9. November 1918 Heimkehrende Soldaten bringen die Revolution nach Jüterbog. Gründung eines Arbeiter- und Soldatenrates.
- Mai 1989 Gorbatschow holt die 32. Garde-Panzerdivision aus Jüterbog zurück in die Sowjetunion.
- 30./31. Oktober 1989 Erste Demonstrationen für mehr Demokratie auf dem Marktplatz.
- 5. November 1989 Größte Protestkundgebung im Zuge der „Wende“ mit rund 6500 Teilnehmern auf dem Thälmann-Sportplatz.
- 9. November 1989 Über tausend Jüterboger diskutieren mit Vertretern der Staatsmacht in der Nikolaikirche, als die Nachricht von der Maueröffnung eintrifft. Man einigt sich auf die doppelsinnige Lösung: „Und wir bleiben hier!“
- 6. Januar 1990 Weitere Demonstration für mehr Demokratie auf dem Marktplatz.

LUCKENWALDE

Das von deutschen Siedlern gegründete Luckenwalde (Ersterwähnung der deutschen Burg 1216) **1** (Merkzeichen Burg Luckenwalde) erhält am 9. Januar 1430 vom Erzbischof Gunther von Magdeburg Brau- und Handelsbefugnisse und hebt sich dadurch von den umliegenden Dörfern erheblich ab. Die günstige Lage an der Kreuzung wichtiger Handelswege, etwa der Salzstraße zwischen Halle und Berlin, sowie das Brauen und der Verkauf von Bier **2** (Merkzeichen Bierstreit) lassen die Stadt an der Nuthe wachsen und gedeihen. 1680 wird Luckenwalde preußisch. Nur vier Jahre später gründet der Zeugmacher Christian Mauhl aus Schandau in Sachsen ein Unternehmen zur Versorgung der preußischen Regimenter **3** (Merkzeichen Unternehmer). Er gibt damit den Startschuss für die industrielle Entwicklung der Stadt. Weitere Textilfabrikanten und Zeugmacher folgen, sodass im 19. Jahrhundert der Schornstein den Mittelpunkt des geistigen Lebens bildet, wie Theodor Fontane in seinen „Wanderungen durch die Mark Brandenburg“ über Luckenwalde bemerkt **4** (Merkzeichen Luckenwalder Industriegeschichte).





DIE ERSTE STADTVORORDNETENVERSAMMLUNG

Die Niederlage der Armee Preußens gegen das Heer Napoleons am 14. Oktober 1806 bei Jena und Auerstedt erschüttert die stolze Militärmacht. Das militärische Debakel bestärkt national gesinnte Persönlichkeiten in ihren Forderungen nach einer umfangreichen Reformierung des feudalistischen Staates. An der Spitze der „Revolution von oben“ steht Heinrich Friedrich Karl Reichsfreiherr vom und zum Stein. Für ihn sind die Gewährung von Rechten und Freiheiten Voraussetzung für die Ausprägung des Bürgersinns. Nach seiner Vorstellung sollen sich die Bürger in den Städten selbst organisieren und damit dem Wohl des gesamten Staates dienen. Die „Ordnung für sämtliche Städte der preußischen Monarchie“ vom 19. November 1808 regelt weitgehende Rechte kommunaler Selbstverwaltung. In der Städteordnung sind sowohl Anrechte als auch Pflichten von Einwohnern, Bürgern, Volksvertretern und Behörden festgelegt.

Ein wesentlicher Bestandteil der Städteordnung ist das Recht der Bürger auf die Wahl von Stadtverordneten und eines Bürgermeisters.

Vor den ersten Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung in Luckenwalde sind die 532 stimmberechtigten Männer in Luckenwalde aufgefordert, sich am 24. Februar 1809 zwi-

schen 7 Uhr früh und 3 Uhr Nachmittag zur Bestimmung der Kandidaten im Schützenhaus der Stadt einzufinden. Von den 3744 Einwohnern der Stadt ist zu dieser Zeit nur jeder Siebente wahlberechtigt. Frauen, Leibeigene und Besitzlose dürfen nicht an der Abstimmung teilnehmen. Für die Luckenwalder ist die Ausübung des Wahlrechts damals noch ungewohnt: Zur Vorwahl erscheint etwa ein Drittel der Berechtigten.

Die ersten Wahlen erfolgen am 5. März, ebenfalls im Schützenhaus. Die Luckenwalder Stadtverordnetenversammlung ist damit älter als die der preußischen Hauptstadt. In Berlin finden die Wahlen erst vom 18. bis 22. April 1809 statt.



Luckenwalde um 1850

Die Stadtverordneten nehmen kurze Zeit nach der Wahl ihre Arbeit auf. Sie wählen sieben Magistratsmitglieder und das Stadtoberhaupt.

Gottfried Weidener, der ein Jahr zuvor vom König eingesetzte Bürgermeister, wird dabei in seinem Amt bestätigt. Zudem bestimmen die Abgeordneten insgesamt 16 Ausschüsse. Als Ausdruck kommunaler Selbstverwaltung befassen sich diese Komitees mit allen städtischen Aufgabenbereichen. Ausschussbezeichnungen wie „Direktion des Armenwesens“ oder „Sicherungs-, Ruhe-, Zucht- und Ordnungspolizei“ vermitteln einen Eindruck von den Aufgaben, mit denen sich die Stadtverordneten zur damaligen Zeit auseinandersetzen mussten.

Die 1809 eingeführte Wahlordnung bleibt im Verlauf vieler Jahrzehnte nahezu unverändert. Veränderungen bringt erst die Deutsche Revolution mit sich. Seit den Märzunruhen des Jahres 1848 und den darauffolgenden Reformen, finden die Tagungen der Stadtverordneten

nicht mehr hinter verschlossenen Türen statt. Das ab diesem Zeitpunkt geltende Dreiklassenwahlrecht bildet zudem eine neue Grundlage bei der Bestimmung der Wahlberechtigten. Das politische Gewicht eines jeden Bürgers bemisst sich fortan an seiner finanziellen Leistungsfähigkeit: Je mehr Steuern ein Bürger zahlt, desto mehr Abgeordnete entsendet er in die Stadtverordnetenversammlung.

DEMOKRATIE UND DIKTATUR

Gut 100 Jahre nach der ersten Wahl zur Stadtverordnetenversammlung hat sich die Einwohnerzahl Luckenwaldes von knapp 8000 auf 23000 erhöht. Bei den Kommunalwahlen von 1911 sind 3905 Luckenwalder stimmberechtigt. Laut Dreiklassenwahlrecht gehören davon 79 Bürger zur 1. Klasse, 635 Bewohner zur 2. Klasse und 3191, vor allem Arbeiter, zur 3. Klasse. Trotzdem jede Klasse die gleiche Anzahl von Stadtverordneten wählt, zählt die Stimme eines Wohlhabenden 40-mal mehr als die eines einfachen Arbeiters. 1919, nach Ende des Ersten Weltkrieges, der Abdankung des Kaisers und der Ausrufung der Republik,



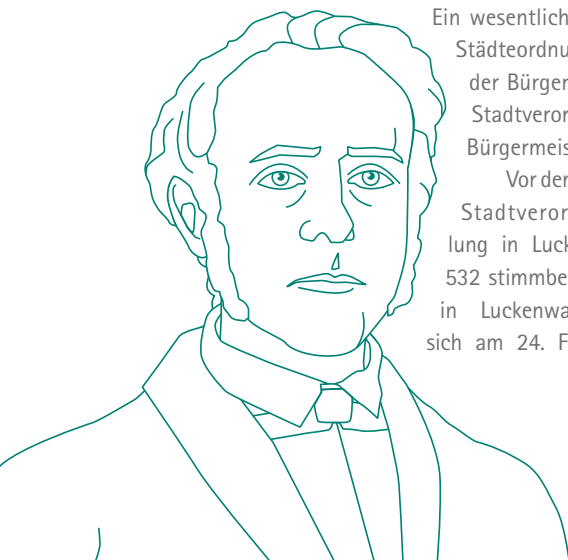
Pelikan-Apothek 1925

werden die Attribute „frei und geheim“ um die Grundsätze „gleich und direkt“ ergänzt. Unabhängig von persönlichen Vermögensverhältnissen wählen seitdem alle Bürger mit gleichem Stimmrecht Parteien und deren Kandidaten. Nach dem Ersten Weltkrieg wirken in Luckenwalde aus der Mitte der Stadtverordnetenversammlung weitsichtige Kommunalpolitiker, Stadtplaner und Archi-

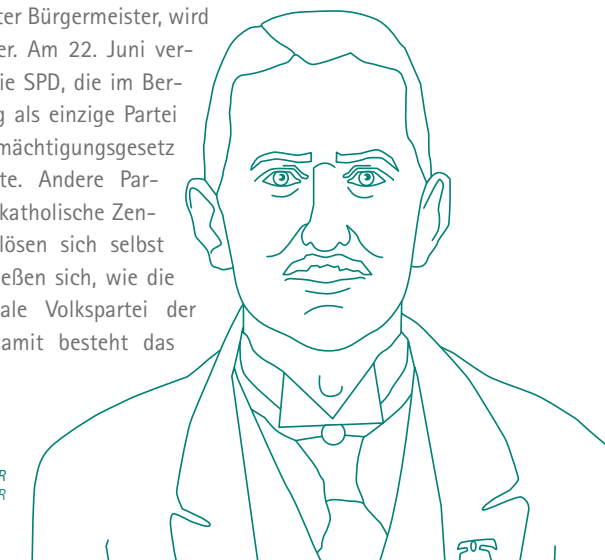
tekten **5** (Merkzeichen Architekten). Durch eine sozial orientierte Gestaltung der Stadt, neuzeitliche Siedlungen, öffentliche Gebäude und fortschrittliche Industriearchitektur erhält Luckenwalde den Beinamen „Stadt der Moderne“. Und weil in den 14 Jahren der Weimarer Republik die SPD ununterbrochen die Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung besaß, hieß es auch „Rotes Luckenwalde“ **6** (Merkzeichen „Rotes Luckenwalde“).

Die Ära der Sozialdemokraten in Luckenwalde endet 1933. Sofort nach der Ernennung Hitlers zum Reichkanzler am 30. Januar beginnen die Nationalsozialisten ihre Machansprüche rücksichtslos durchzusetzen. Am 22. März zwingen die Nazis den 1930 für zwölf Jahre zum Ersten Bürgermeister gewählten Juden und Sozialdemokraten Dr. Herrmann Salomon sein Amt niederzulegen **7** (Merkzeichen Verfolgte des Nationalsozialismus). Alfred Lappe, bereits in den 20er-Jahren Stadtoberhaupt und dann unter Dr.

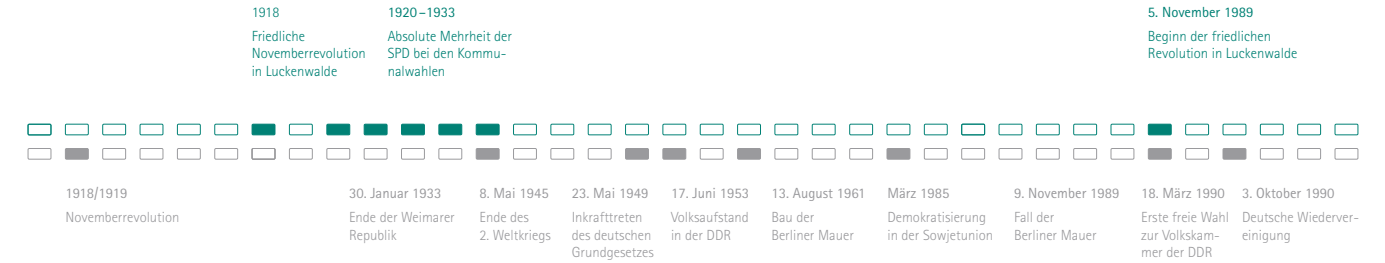
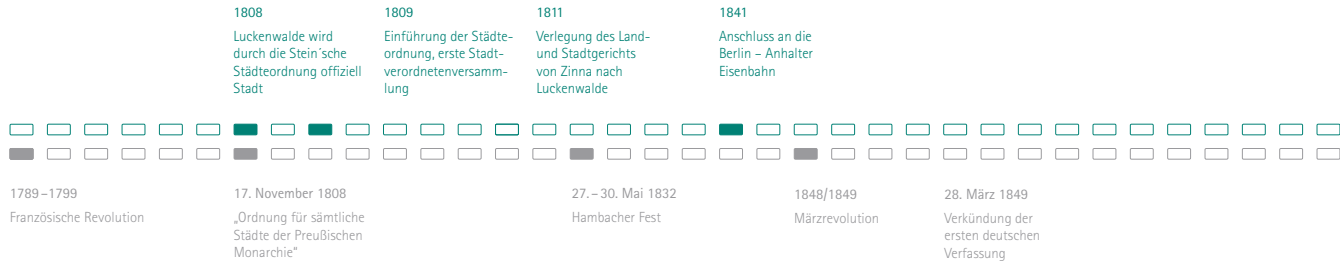
Salomon Zweiter Bürgermeister, wird sein Nachfolger. Am 22. Juni verbietet Hitler die SPD, die im Berliner Reichstag als einzige Partei gegen das Ermächtigungsgesetz gestimmt hatte. Andere Parteien, wie die katholische Zentrumspartei lösen sich selbst auf, oder schließen sich, wie die Deutschnationale Volkspartei der NSDAP an. Damit besteht das



CARL AUGUST WILHELM PASCHEN ANWANDTER
1801–1889, VERTRETER DER DEMOKRATIEBEWEGUNG VON 1848



ALEXANDER SAILER
1865–1924, GEWERKSCHAFTER UND SOZIALDEMOKRATISCHER POLITIKER



Abgeordnetenhaus nur noch aus Vertretern der NSDAP und tritt überhaupt nicht mehr zusammen. Die Nationalsozialisten beseitigen 125 Jahre nach der ersten Wahl zur Stadtverordnetenversammlung das kommunale Selbstbestimmungsrecht. Selbst die traditionsreiche Bezeichnung Bürgermeister verschwindet. Als 1938 W. Lange die Nachfolge von Alfred Lappe antritt, bezeichnet sich dieser von den Nazis berufene erste Mann der Stadt als „Leiter der Stadtgemeinde“.

Die Zwangspause des Abgeordnetenhauses endet nach dem Zweiten Weltkrieg am 19. September 1946 mit der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung. Von den 40 Sitzen erhält die aus dem Zusammenschluss von SPD und KPD hervorgegangene SED 23 Sitze, die CDU 9 Sitze und die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands 8 Sitze. Ein Jahr nach der Gründung der DDR finden am 15. Oktober 1950 die ersten Wahlen zur Volkskammer sowie Abstimmungen zu den Landtagen, Kreistagen, Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen statt. Die Verteilung der

Sitze in den verschiedenen Parlamenten wird dabei schon vor der Wahl festgelegt. Die SED beansprucht mindestens 40 Prozent der Sitze. Die anderen Blockparteien CDU, LDP, NDPD und DBD sollen je 5 bis 10 Prozent der Mandate erhalten. Alle übrigen Sitze sind Massenorganisationen, wie den Gewerkschaften, dem Frauenbund, der FDJ, der

Volkssolidarität, dem Kulturbund, dem Konsum oder der Bauernorganisation VdgB vorbehalten. Da diese Mandatsträger fast ausschließlich Genossen der SED nominieren, ist die Stimmenmehrheit der Staatspartei vorprogrammiert. Offiziellen Mitteilungen zufolge beträgt die Zustimmung zur Einheitsliste bei dieser ersten Wahl 99,7 Prozent.

DIE „WENDE“ IN LUCKENWALDE



Protestplakate in Luckenwalde

Zwischen 1949 und 1990 finden in Luckenwalde wie in der gesamten DDR elf Kommunalwahlen statt. Die Wahl vom 7. Mai 1989 spielt dabei eine besondere Rolle bei der im darauffolgenden Herbst beginnenden Wende. Erstmals können kritische

Bürgerrechtler bei der Abstimmung massive Wahlfälschungen beobachten. Die Nachricht vom Wahlbetrug verstärkt die Enttäuschung vieler Bürgerinnen und Bürger über die gesellschaftlichen Verhältnisse. Während viele Unzufriedene die DDR verlassen, setzen einige sich für Reformen ein und gründen bereits im September 1989 ein „Neues Forum“ in Luckenwalde. Von lockeren Diskussionen bis hin zu „Runden Tischen“ – in Luckenwalde herrscht ein öffentlicher Dialog zwischen den Aktivisten und den Mitarbeitern des Rates der Stadt über die politischen Veränderungen und die Zukunft des Landes. Das „Luckenwalder Gespräch“ am 5. November 1989 gilt dabei als Beginn der öffentlich positionierten Wendeaktivitäten in Luckenwalde.

Erst am 18. November 1989 kommt es zur ersten Demonstration

in Luckenwalde: 1000 Bürger gehen auf die Straße, um die Wende „unumkehrbar“ zu machen. Im Vorfeld der ersten freien Wahlen fordern viele Bürger aus Luckenwalde den Rücktritt leitender Kader des Rates des Kreises und ihres Vorsitzenden. Der Prozess der Wende gewinnt im Dezember an Dynamik: zum einen setzt sich eine Mehrheit der Volksvertreter aktiv für die Wende ein, zum anderen unterstützen Mitglieder der



Demonstration in Luckenwalde 1989

SED den Demonstrationsaufruf des „Neuen Forums“ vom 9. Dezember unter dem Motto „Wir sind das Volk“. An der Demonstration, die am 11. Dezember stattfindet, nehmen 2000 Bürgerinnen und Bürger teil und Vertreter des „Neuen Forums“ verlesen ihre Forderungen. Im Anschluss ziehen die Demonstranten vor das Rathaus, wo es zu einem ersten Gespräch am „Runden Tisch“ begleitet von Tumulten der Demonstranten kommt. Eine zweite „Wir sind das Volk“-Demonstration findet nur eine Woche später statt, dieses Mal bleibt die Menge besonnen und sachlich bei der Verkündung ihrer Forderungen.

Die politischen Ereignisse 1989 in Leipzig und Berlin fanden somit einen Widerhall auch in Luckenwalde. Wie die „ganz normalen“ Bürger diese Umbruchzeit in der Kleinstadt erlebt haben, davon berichtet das „Wendebuch Luckenwalde“, das am 12. November 2009 erscheint. Darin schildern zwanzig Personen – die jüngste Gesprächspartnerin war am 9. November erst fünf Jahre alt, die älteste bereits Rentnerin – ihre Eindrücke vom Mauerfall und ihre Erinnerungen an die Zeit davor und danach.

WELTGESCHICHTE

1789–1799 Französische Revolution.

17. November 1808 „Ordnung für sämtliche Städte der Preußischen Monarchie“ legt weitgehende Rechte kommunaler Selbstbestimmung fest.

27.–30. Mai 1832 Hambacher Fest.

1848/49 Märzrevolution.

28. März 1849 Verkündung der ersten deutschen Verfassung in der Frankfurter Paulskirche.

1918/19 Novemberrevolution Umwandlung des Deutschen Reiches von einer Monarchie in eine demokratische Republik.

30. Januar 1933 Ende der Weimarer Republik mit dem Wahlsieg der NSDAP.

8. Mai 1945 Bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht und damit Ende des zweiten Weltkrieges.

23. Mai 1949 Inkrafttreten des deutschen Grundgesetzes.

17. Juni 1953 Volksaufstand in der DDR.

13. August 1961 Bau der Berliner Mauer.

März 1985 Beginn der Demokratisierung in der Sowjetunion unter Michail Gorbatschow.

9. November 1989 Fall der Berliner Mauer.

18. März 1990 Erste freie Wahl zur Volkskammer der DDR.

3. Oktober 1990 Deutsche Wiedervereinigung.

LUCKENWALDE

1808 Luckenwalde wird durch die Stein'sche Städteordnung offiziell Stadt.

1809 Einführung der Städteordnung und Wahl der ersten Stadtverordnetenversammlung.

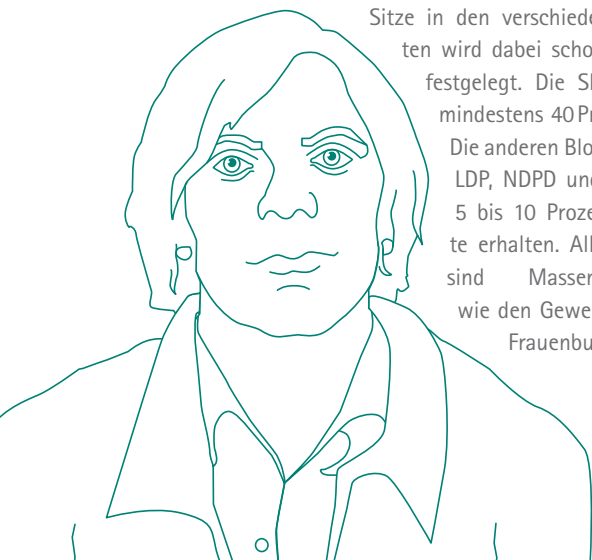
1811 Verlegung des Land- und Stadtgerichts von Zinna nach Luckenwalde.

1841 Anschluss an die Berlin – Anhalter Eisenbahn. In der Folgezeit industrieller Aufschwung und Bevölkerungszunahme.

1918 Friedliche Novemberrevolution in Luckenwalde.

1920 – 1933 Absolute Mehrheit der SPD bei den Kommunalwahlen (bis 80 Prozent) deshalb „Rotes Luckenwalde“.

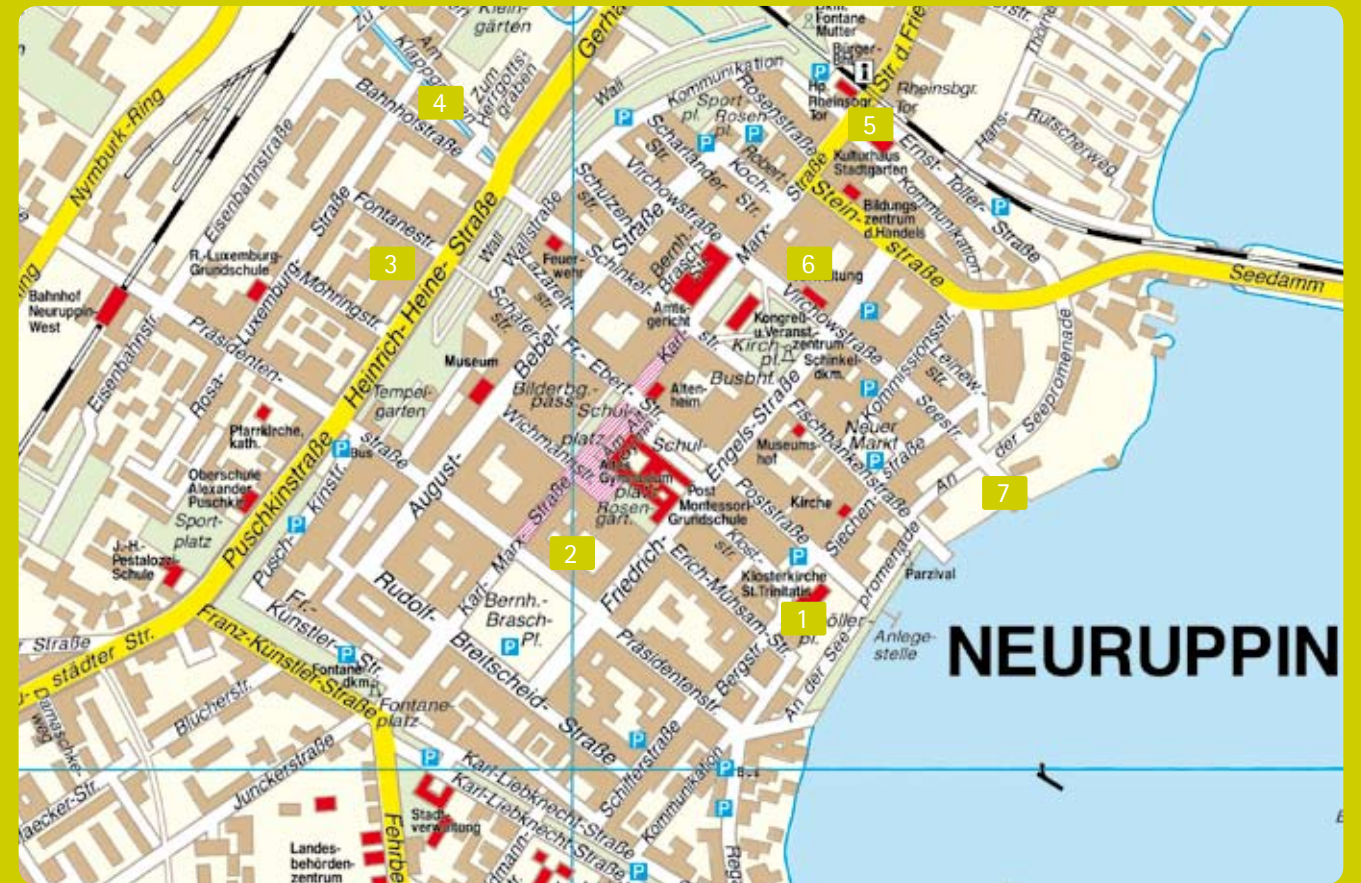
5. November 1989 Erstes Luckenwalder Gespräch im Stadttheater (1200 Besucher) – Beginn der friedlichen Revolution in Luckenwalde.

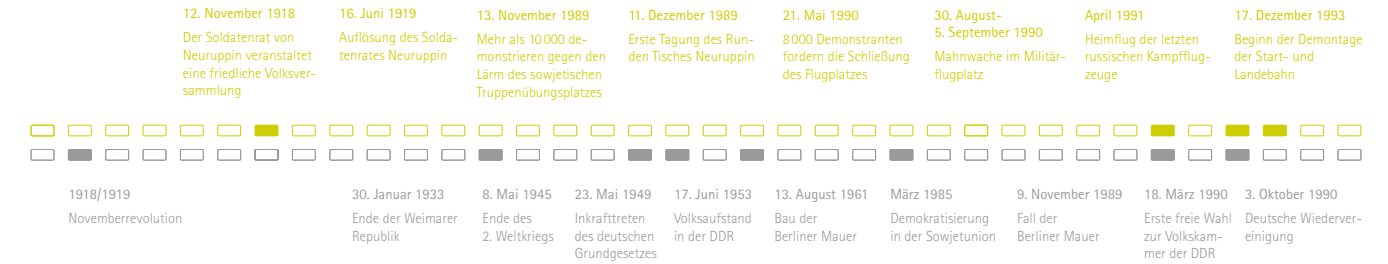
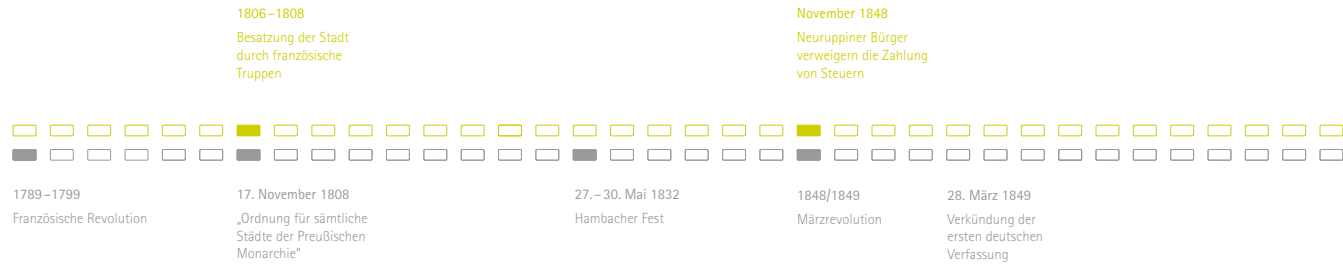


ALFRED WILLI RUDI DUTSCHKE
1940–1979, ANFÜHRER DER 68ER STUDENTENBEWEGUNG

FONTANESTADT NEURUPPIN

„Das merkwürdige Jahr 1848“ – so heißt eine Serie von Bilderbogen, die aus den Neuruppiner Bilderbogenfabriken Gustav Kühn und von Oehmigke & Riemschneider stammen. Die so genannten „Aktualitätenbogen“ beschreiben aktuelle politische Ereignisse in Illustrationen und erklärenden Texten. Im 19. Jahrhundert sind Bilderbogen das Massenmedium schlechthin. Anders als Zeitungen, liefern die schablonenkolorierten Lithographien bunte Bilder vom Weltgeschehen. Als Pfennigartikel finden die stets aktuellen Druckerzeugnisse reißenden Absatz und erzielen nicht selten hohe Auflagen. Ihr Informationsgehalt ist enorm und vermittelt auch Leseunkundigen ganz direkte Eindrücke von den Ereignissen in der Welt. Das kollektive Bildgedächtnis von den revolutionären Ereignissen von 1848 ist bis heute ganz wesentlich geprägt von den bunten Bildern und Motiven, die die Neuruppiner Medienunternehmen Gustav Kühn und Oehmigke & Riemschneider in dieser turbulenten Zeit produzierten. In Neuruppın selbst sind die revolutionären Ereignisse von 1848 eher unspektakulär. Wenn auch die 1848er Revolution in Neuruppın nicht ihr Zentrum hatte, sind doch die Bilder von der Revolution aufs Engste mit der Stadt verbunden. Als die Novemberrevolution 1918 das Ende des Kaiserreichs besiegelt, ist die große Zeit der Bilderbogen als visuelles Leitmedium längst vorbei. Auch in der Garnisonsstadt Neuruppın bildete sich ein Arbeiter- und Soldatenrat. Einem Aufruf an die Öffentlichkeit, Ruhe zu bewahren sowie Plünderungen und Diebstähle zu unterlassen, folgt am 12. November eine Volksversammlung auf dem Paradeplatz (heute Braschplatz). Die Redner versichern, dass man weder den Landrat absetzen, noch den Magistrat auflösen wolle. Bis zu seiner Auflösung im Juni 1919 ist der Arbeiter- und Soldatenrat mit der Erfassung von Lebensmitteln, der Bildung eines Sicherheitsdienstes und der Demobilisierung eines in Neuruppın stationierten Regiments betraut. Weniger Auflösungs- als Aufbruchsstimmung prägt den Herbst 1989 in Neuruppın. Die Erinnerung an die Orte und Ereignisse jenes „merkwürdigen“ Jahres für Zeitzeugen, Nachgeborene und Gäste wach zu halten, ist das Anliegen des folgenden Rundgangs durch Neuruppın.





DIE KLOSTERKIRCHE

Im Herbst 1989 sind wie in der gesamten DDR auch in Neuruppin die Menschen unterwegs zu Demonstrationen, Dialogveranstaltungen und Friedensgebeten. Die Proteste gegen die Staatsführung werden erstmals in und an der Klosterkirche **1** öffentlich. Die Neuruppiner Evangelische Kirche hat eine aktive Jugendarbeit. Frieden, Gerechtigkeit und der Umgang mit den natürlichen Ressourcen sind Themen, die die Jugendlichen interessieren. Die jungen Leute entwerfen Flugblätter, die sie in der Kirche verteilen, erarbeiten kritische Ausstellungen und fordern ein öffentliches Gespräch mit staatlichen Stellen im Kreis. Die Kirche bietet ein schützendes Dach und Freiraum für alle. Am 10. Oktober wird auch in Neuruppin erstmalig zum Friedensgebet eingeladen. Ungefähr 1 000 Menschen nehmen das Angebot an, sodass schon beim ersten Friedensgebet fast alle Plätze in der Klosterkirche besetzt sind. Von Woche zu Woche steigt die Zahl der Teilnehmer am Friedensgebet auf zuletzt über 4 000.

Innerhalb weniger Wochen haben etwa 2 000 Menschen in Neuruppin durch ihre Unterschrift Sympathie mit der Bürgerrechtsinitiative „Neues Forum“ bekräftigt. Diese Sammelbewegung kritischer Bürgerinnen und Bürger gründet sich am 10. September 1989 in Grünheide und findet schnell Anhänger im ganzen Land. Am 24. Oktober 1989 findet die erste Vollversammlung des Neuruppiner „Neuen Forums“ in der Klosterkirche statt. An diesem Abend erklären 400 Sympathisanten ihre Bereitschaft, aktiv in den Arbeitsgruppen der Initiative mitzuarbeiten.

PRÄSIDENTENSTRASSE NR. 52



Demo gegen die „Wende der Wende“ am 15.09.1990

Die Menschen versammeln sich wiederholt zu Demonstrationen auf dem größten Platz der Stadt. Vom ehemaligen Balkon des Hauses in der Präsidentenstraße Nr. 52 **2** und vom Balkon des Hauses Nr. 47 sprechen Vertreter der Kirche, des „Neuen Forums“ und der kurze Zeit später gegründeten SPD zu tausenden Demonstranten. Sie fordern die Einhaltung demokratischer Rechte und Neuwahlen. Am Abend des 13. Novembers 1989 strömen über 10 000 Bürger auf den angrenzenden Platz und formieren sich zu einem „Weg des Friedens“. Durch die Innenstadt führt diese Demonstration zur sowjetischen Kommandantur am Bollwerk. Die Kundgebung richtet sich gegen den Fluglärm, den die Kampfjets eines sowjetischen Militärflugplatzes direkt im Stadtgebiet verursachen. Im Vorfeld wurde der Standortkommandant über das Anliegen der Demonstranten informiert. Die Wortführer des Protestes wollen jede gewaltsame Konfrontationen vermeiden, der Protest soll friedlich bleiben. Für die sowjetischen Befehlshaber ist es eine neue Erfahrung, dass gegen die Anwesenheit der Armee öffentlich demonstriert wird.

EHEMALIGE DIENSTSTELLE DES MINISTERIUMS FÜR STAATSSICHERHEIT

Bei den ersten Friedensgebeten haben Einsatzwagen der Polizei in den kleinen Gassen um die Klosterkirche geparkt. Das Ministerium für Staatssicherheit (Stasi), der Geheimdienst der DDR, hat in jeder Kreisstadt eine Dienststelle **3** und beobachtet auch die Geschehnisse in Neuruppin. Hier ist die Kreisdienststelle in zwei Villen in der Heinrich-Heine-Straße sowie der Fontanestraße untergebracht.

Die Anwesen sind im Herbst 1989 von hohen Zäunen und Sichtschutz umgeben, mit Überwachungskameras und einer ständig besetzten Pforte gesichert. Abgeschildert von der Bevölkerung, arbeiteten hier 45 hauptamtliche Mitarbeiter. Anfang Dezember 1989 wird bekannt, dass Mitarbeiter der Stasi Akten vernichten und Spuren verwischen. Es kommt zu Protesten und einer Mahnwache. Vertreter des „Neuen Forums“ besichtigten mit dem Kreisstaatsanwalt die Gebäude, finden aber nur noch leere Aktenordner. Wenige Tage später werden die Stasi-Büros in der ganzen DDR aufgelöst. Vertreter des „Neuen Forums“ kontrollieren den Abtransport der Waffen: Pistolen, Panzerfäuste und Maschinengewehre, die zur Bewaffnung der Stasi-Mitarbeiter im Ernstfall dienten.



Kerzen und Transparente der Demonstranten auf den Stufen der SED-Kreisleitung am 28.11.1989

EHEMALIGE KREISLEITUNG DER SED

Am 28. November 1989 demonstrieren 2 000 Menschen vor der Kreisleitung der

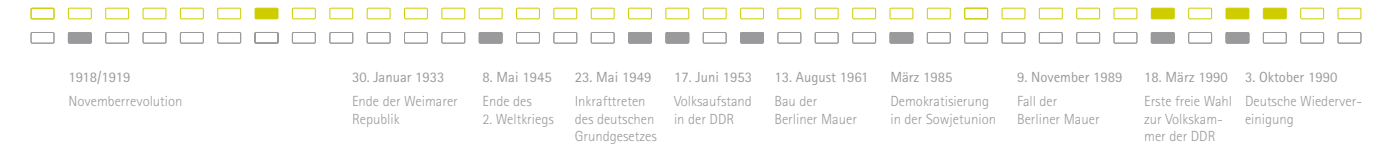
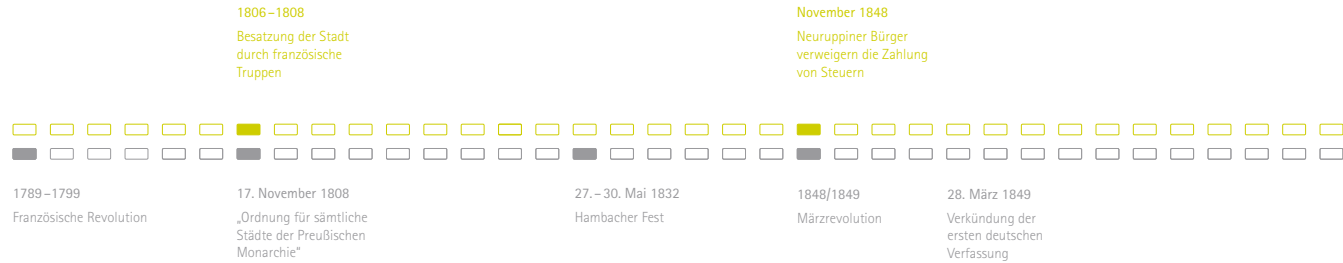
SED **4** in der Bahnhofstraße 17 gegen die Führungsrolle der Staatspartei. Transparente mit Aufschriften wie: „Freie Wahlen 1990“, „Fachleute an die Macht, anstelle disziplinierter Parteimicker“, „Ohne Anspruch auf Recht, 40 Jahre war'n wir Knecht“, „Wir wollen nie mehr Wandlitz“ haben sie dabei. Obwohl Licht im Haus brennt, bleiben Türen und Fenster geschlossen. Die Funktionäre verweigern sich dem Dialog mit den Demonstranten. In weiteren Protestaktionen fordern die Bürger, dieses Haus zum Wohnhaus für ältere Menschen zu machen, denn die Versorgung alter und pflegebedürftiger Menschen in Neuruppin ist völlig unzureichend.

KULTURHAUS STADTGARTEN

Am 29. Oktober und 4. November 1989 ist der große Saal des ehemaligen „Kreiskulturhauses Philipp Müller“, (heute Stadtgarten) **5** überfüllt und die Stimmung angespannt. Die Bürger haben mit ihrem Protest einen öffentlichen Dialog mit den Funktionären aus der staatlichen Verwaltung, der SED und der Wirtschaft erzwungen. Sie fordern in den „Sonntagsgesprächen“ von den Verantwortlichen Aufklärung über Missstände, Korruption, Bevormundung und Repressionen. Doch die Repräsentanten des Staates versuchen ihr eigenes Mitverschulden zu verschleiern und zu leugnen, verweisen auf übergeordnete Stellen, zeigen sich hilflos und nicht informiert.



Das Volk fordert 1989 einen Dialog mit den Funktionären im großen Saal des Stadtgarten.



Im Vorderhaus des Kreiskulturhauses hat das Jugendfreizeitzentrum seit 1982 sein Domizil. Mit Disko, Kinovorführungen, Gesprächsrunden, Lesungen und besonders mit den Live-Konzerten, zieht es Jugendliche aus der ganzen Umgebung an. Die kritische Eigenständigkeit und Spontaneität der Jugendlichen ruft das Misstrauen der Kulturhausleitung und der Funktionäre im Rat des Kreises hervor. Immer wieder versucht die Kulturhausleitung die Jugendlichen zu reglementieren.

LANDRATSAMT



Demonstrationszug vor dem Landratsamt am 18.11.1989

Das heutige Landratsamt **6** in der Virchowstraße ist im Herbst und Winter 1989/90 als Sitz des Rates des Kreises wiederholt das Ziel von Demonstrationen. Ein Runder Tisch für den Kreis Neuruppin soll bis zu den ersten freien Kommunalwahlen die demokratische Kontrolle und Mitsprache der neuen gesellschaftlichen Initiativen sicher stellen. Das Komitee tagt zum ersten Mal am 11. Dezember 1989 und setzt sich aus zwei Blöcken mit je zwölf Stimmen zusammen. Die etablierten Parteien der DDR sowie der Dachverband der Einzelgewerkschaften (FDGB) vertreten das bestehende System. Auf der anderen Seite repräsentieren das „Neue Forum“, die wieder gegründete SPD und Vertreter der Kirche die demokratische Bewegung aus der Mitte der Gesellschaft. Der Runde Tisch nimmt die Forderungen der Demonstranten auf und erarbeitet Grundlagen und erste Vorschläge für Veränderungen im Kreis.

EHEMALIGES HOTEL UND RESTAURANT STRANDGARTEN

Wo heute das „Seehotel Fontane“ steht, befand sich früher das Hotel und Restaurant Strandgarten **7**. Seit 1945 nutzte die Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte dieses Areal am See. Die Rote Armee ist im Kreis Neuruppin überdurchschnittlich präsent. Große Teile der Wälder, Seen und Heidelandschaften sind für die Bevölkerung gesperrt. Der 8 mal 15 Kilometer große Bombenabwurfplatz nördlich von Neuruppin ist der größte in der DDR. Sowjetische Kampfflugzeuge flogen Tag und Nacht im Tiefflug über die Dächer. Am 13. November 1989 begleiten 10 000 Bürger Pfarrer Karau, als er einen Protestbrief an den Standortkommandanten überreicht. Wenige Tage später sitzen auf Einladung des Rates des Kreises und des Rates der Stadt hohe sowjetische Militärs den Vertretern der Kirchengemeinden und des „Neuen Forums“ gegenüber. Das Versprechen den Fluglärm zu reduzieren und sich an die Flugordnung zu halten, ist nicht eingehalten worden. Die Offiziere berufen sich auf ihre Rechte zur Nutzung des Militärflugplatzes und verweisen auf die Wiener Abrüstungsverhandlungen.



Am 13.11.1989 übergibt Pfarrer Heinz Karau einen Brief an den Kommandanten.

Über Jahrzehnte schränkte die Anwesenheit der Roten Armee den Alltag der Bürgerinnen und Bürger Neuruppins ein. Seit dem Herbst 1989

KYRITZ-WITTSTOCK-RUPPNER HEIDE

gewinnt der Protest gegen die Praktiken die sowjetischen Streitkräfte an Stärke und Intensität. Im Mai 1990 fordern 8 000 Demonstranten die Schließung des Flugplatzes und die Beendigung der Bombenabwürfe auf dem Übungsgelände in der Kyritz-Wittstock-Ruppiner Heide, nördlich von Neuruppin. Mit der deutschen Wiedervereinigung ist der Abzug der sowjetischen Besatzungstruppen besiegelt. Im April 1991 starten die letzten russischen Kampfflugzeuge zum Heimflug. Der größte Teil der Truppen verlässt Neuruppin im Sommer 1991.

Die Streitkräfte der Russischen Föderation stellen die Nutzung des Übungsgeländes Wittstock 1993 ein. Die Bundesregierung beschließt indes die militärische Weiternutzung des Geländes durch die Bundeswehr. Gegen den im Volksmund „Bombodrom“ genannten Luft-Boden-Schießplatz richtet sich in den Folgejahren massiver öffentlicher Protest auf breiter gesellschaftlicher Basis. In ihm verbinden sich die Ziele der Bürgerbewegung von 1989 mit den Zielen unterschiedlicher antimilitaristischer Gruppen und den Zielen der Tourismusbranche. Mit mehr als 10 000 Teilnehmern findet 2009 in der Kyritz-Wittstock-Ruppiner Heide der größte Ostermarsch Deutschlands statt. Die Widerstandsbewegung gewinnt in 16 Jahren 27 Prozesse vor Gericht und erringt im Juli 2009 den endgültigen Verzicht der Bundesregierung auf eine militärische Nutzung des Geländes.

Das aus dem Geist der Demokratiebewegung von 1989/90 erwachsene bürgerschaftliche Engagement für eine friedliche Nutzung des militärischen Sperrgebiets hat den Weg für die weitere touristische Entwicklung der Region geebnet und damit einen nicht unwesentlichen Beitrag zur wirtschaftlichen Zukunft der Menschen im Nordwesten Brandenburgs geleistet.

WELTGESCHICHTE

1789-1799	Französische Revolution.
17. November 1808	„Ordnung für sämtliche Städte der Preußischen Monarchie“ legt weitgehende Rechte kommunaler Selbstbestimmung fest.
27.-30. Mai 1832	Hambacher Fest.
1848/49	Märzrevolution.
28. März 1849	Verkündung der ersten deutschen Verfassung in der Frankfurter Paulskirche.
1918/19	Novemberrevolution Umwandlung des Deutschen Reiches von einer Monarchie in eine demokratische Republik.
30. Januar 1933	Ende der Weimarer Republik mit dem Wahlsieg der NSDAP.
8. Mai 1945	Bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht und damit Ende des zweiten Weltkrieges.
23. Mai 1949	Inkrafttreten des deutschen Grundgesetzes.
17. Juni 1953	Volksaufstand in der DDR.
13. August 1961	Bau der Berliner Mauer.
März 1985	Beginn der Demokratisierung in der Sowjetunion unter Michail Gorbatschow.
9. November 1989	Fall der Berliner Mauer.
18. März 1990	Erste freie Wahl zur Volkskammer der DDR.
3. Oktober 1990	Deutsche Wiedervereinigung.

FONTANESTADT NEURUPPIN

1806-08	Besatzung der Stadt durch französische Truppen.
November 1848	Neuruppiner Bürger verweigern nach einem Aufruf der aufgelösten Nationalversammlung zu Berlin die Zahlung von Steuern.
12. November 1918	Der kurz zuvor einberufene Soldatenrat von Neuruppin veranstaltet auf dem Paradeplatz eine friedliche Volksversammlung.
16. Juni 1919	Auflösung des Soldatenrates Neuruppin.
13. November 1989	Mehr als 10 000 Menschen demonstrieren mit dem „Weg des Friedens“ gegen den Lärm des sowjetischen Truppenübungsplatzes.
11. Dezember 1989	Erste Tagung des Runden Tisches Neuruppin.
21. Mai 1990	8000 Demonstranten fordern die Schließung des Flugplatzes und die Beendigung der Bombenabwürfe.
30. August-5. September 1990	Mahnwache in der Einflugschneise des Militärflugplatzes.
April 1991	Die letzten russischen Kampfflugzeuge starten zum Heimflug.
17. Dezember 1993	Soldaten der Russischen Föderation beginnen mit der Demontage der Start- und Landebahn des Flugplatzes.

SERVICE

BRANDENBURG AN DER HAVEL

Touristinformation der Stadt Brandenburg an der Havel
Neustädtischer Markt 3
14776 Brandenburg an der Havel
Telefon: 03381/208 769
Telefax: 03381/208 774
E-Mail: touristinfo@stg-brandenburg.de
www.stg-brandenburg.de

COTTBUS

Stadtgeschichtliche Sammlungen
Bahnhofstraße 52
03046 Cottbus
Telefon: 0355/380 770
Telefax: 0355/380 779 9
E-Mail: stadtarchiv@cottbus.de
www.cottbus.de

EBERSWALDE

Tourismusinformation im Museum der Adler-Apotheke
Steinstraße 3
16225 Eberswalde
Telefon: 03334/645 20
Telefax: 03334/645 21
E-Mail: tourist-info@eberswalde.de

Information Tourismuszentrum – Familiengarten Eberswalde
Am Alten Walzwerk 1
16227 Eberswalde
Telefon: 03334/384 910
Telefax: 03334/384 920
E-Mail: info@familiengarten-eberswalde.de
www.eberswalde.de

KLEISTSTADT FRANKFURT (ODER)

Tourismusverein Frankfurt (Oder) e.V.
Karl-Marx-Straße 1
15230 Frankfurt (Oder)
Telefon: 0335/325 216
Telefax: 0335/225 65
E-Mail: laden@frankfurt-oder-tourist.de
www.frankfurt-oder-tourist.de
www.frankfurt-oder.de

JÜTERBOG

Stadtinformation im Kulturquartier Mönchenkloster
Mönchenkirchplatz 4
14913 Jüterbog
Telefon: 03372/463 113
Telefax: 03372/463 450
E-Mail: stadtinformation@jueterbog.de und
moenchenkloster@jueterbog.de
www.jueterbog.eu

LUCKENWALDE

Touristinformation Luckenwalde
Markt 11
14943 Luckenwalde
Telefon: 03371/672 500
Telefax: 03371/672 510
E-Mail: touristinfo@luckenwalde.de
www.luckenwalde.de

FONTANESTADT NEURUPPIN

Tourismus-Service BürgerBahnhof
Karl-Marx-Straße 1
16816 Neuruppin

Fahrgastschiffahrt Neuruppin/Tourismus-Service
An der Seepromenade 10
16816 Neuruppin
Telefon: 03391/454 60
Telefax: 03391/454 666
E-Mail: tourismus-service@neuruppin.de
www.neuruppin.de

ARBEITSGEMEINSCHAFT „STÄDTEKRANZ BERLIN-BRANDENBURG“

Geschäftsstelle: c/o Ernst Basler + Partner GmbH
Tuchmacherstraße 47
14482 Potsdam
Telefon: 0331/747 59 0
Telefax: 0331/747 59 90
E-Mail: info@staedtekranz.de
www.staedtekranz.de
www.stadtspaziergaenge.de

IMPRESSUM

Herausgeber

Arbeitsgemeinschaft „Städtekrantz Berlin-Brandenburg“

Realisierung

Konzeption, Texte, Grafik und Koordination
ariadne an der spree GmbH

Agentur für zeitgemäße Kommunikation

Büro Berlin:

Friedrichstraße 246, 10969 Berlin

Telefon: 030/259 2592 7

Büro Potsdam:

August-Bebel-Straße 27, 14482 Potsdam

Telefon: 0331/979 966 66

ariadne@ariadne-an-der-spree.de

www.ariadne-an-der-spree.de

Texte

Guðrun Bauer (Stadtmuseum Brandenburg an der Havel),
Udo Bauer (Stadtarchiv Cottbus), Ramona Schönfelder, Birgit
Klitzke (Museum in der Adlerapotheke, Eberswalde), Sigrid
Albeshausen (Kleiststadt Frankfurt (Oder)), Maud Decker (Bau-
amt Jüterbog), Roman Schmidt (Heimatmuseum Luckenwalde),
Ulrike Rönnecke (Grafik- und Textdesignerin, Steinbach-
Hallenberg), Hansjörg Albrecht (Museum Neuruppin)

Fotos

Archive der beteiligten Städte und deren Museen;

Brandenburg an der Havel: Stadtmuseum Brandenburg an der
Havel

Cottbus: Stadtarchiv Cottbus

Eberswalde: Museum in der Adler-Apotheke

Kleiststadt Frankfurt (Oder): Sigrid Albeshausen

Jüterbog: Maud Decker, S. 32, 35; Archiv Jüterbog, S. 34

Luckenwalde: Heimatmuseum Luckenwalde

Fontanestadt Neuruppin: Eckhard Handke, Uwe-Peter Söhring

Kartenmaterial

© Städte-Verlag E. v. Wagner & J. Mitterhuber GmbH

70736 Fellbach

Druck

ebert druck + werbung, Berlin

Ein Projekt im Rahmen des Themenjahres „kulturland bran-
denburg 2009 | demokratie & demokratiebewegungen“.



WWW.STADTSPAZIERGAENGE.DE

